

SEDUTA n. 67 del 19.10.1995

Presidenza del Presidente Tretter

Ore 10.09

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.
Hanno giustificato la sua assenza i cons. Andreotti, Benussi, Durnwalder, Fedel, Montefiori e Vecli.
Prego dare lettura del processo verbale della precedente seduta.

DENICOLO': (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(segretario):(legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono delle osservazioni al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale è approvato.

Riprendiamo l'esame dei punti 34), 35) e 38) dell'ordine del giorno:

Disegno di legge n. 48: Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 "Elezioni dirette del sindaco e modifica del sistema di elezione dei Consigli comunali, nonché modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (presentato dai Consiglieri regionali Divina, Boldrini, Tosadori e Montefiori);

Disegno di legge n. 50: Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, nonché modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 e successive modificazioni (presentato dai Consiglieri regionali Chiodi, Alessandrini e Viola);

Disegno di legge n. 54: Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 ed alla legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 e s.m. in materia di elezione diretta del sindaco ed elezione dei consigli comunali ed alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 sull'ordinamento dei comuni (presentato dalla Giunta regionale).

Siamo in discussione generale congiunta. Era iscritto a parlare il cons. Benedikter e le ricordo che ha ancora a disposizione 15 minuti di tempo.

BENEDIKTER: Danke.

Aus Art. 3 der Europäischen Charta und aus Art. 61 des Autonomiestatutes ergibt sich, daß der Ausschuß vom Rat gewählt werden muß und nicht vom Bürgermeister aufgrund eigener Machtvollkommenheit ernannt werden kann. Es wundert, daß es gerade im Zeichen des vielbeschworenen friedlichen Zusammenlebens auf einmal einen eigenen Bürgermeister pro Sprachgruppe braucht,

obwohl sich der Grundsatz der verhältnismäßigen Vertretung der Sprachgruppen in den Gemeindeorganen, so wie er folgerichtig seit 1956 durch REGIONALGESETZ geregelt worden ist, bestens bewährt hat. Der Widerstand gegen einen sogenannten neufaschistischen Bürgermeister hätte einen Sinn, wenn es um einen Amtsbürgermeister ginge, einen von der faschistischen Zeit her bekannten "podestà", weil das keine demokratische Gemeindeordnung war, während der Art. 61 des Autonomiestatutes, wie die immerhin 45jährige Erfahrung beweist, ein glückliches Zusammenbündeln von Nationalgefühl und Demokratiegefühl dargestellt hat.

Der Verfassungsgerichtshof - an das möchte ich besonders erinnern - hat im Urteil 289 vom 28. Juli 1987 festgestellt, daß der Art. 61 (Proporz in den Gemeindeorganen) und der Art. 89 (Proporz bei den Staatsstellen) zusammengehören und daß dieser Proporz ein grundlegendes Prinzip im Sinne des Art. 6 der Verfassung ist. Um den Proporzgrundsatz des Art. 61, wie er bis zum REGIONALGESETZ Nr. 3 vom 30. November 1994 gegolten hat, folgerichtig wiederherzustellen, muß im Art. 17 des besagten Regionalgesetzes die Anzahl der Unterschriften für eine Kandidatenliste verringert werden. Der Art. 61 gilt für die Provinz Trient so lange nicht, bis bei der Volkszählung die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung eingeführt wird. Die umfassende Anwendung des Proporzgrundsatzes in allen Gemeinden, ob groß oder klein, macht die Unterscheidung zwischen Gemeinden bis zu 13.000 und Gemeinden mit mehr als 13.000 Einwohnern überflüssig. Sie hat auch bis 1994 nicht gegolten.

Gemäß Art. 25 des Autonomiestatuts gilt das Proporzsystem für die Wahl des Regionalrates also auch für das Trentino, so daß auch aufgrund der allgemeinen Fassung des ersten Absatzes des Art. 61 des Statutes die sich daraus ergebenden Grundsätze einheitlich für die gesamte Region geltend gemacht werden können. Das gilt auch für die Gleichbehandlung des Organs Gemeinderat mit dem Organ Bürgermeister. Diese Organe werden getrennt direkt gewählt, haben daher die gleiche unmittelbare Vollmacht, wobei aufgrund der europäischen Charta der Gemeindeautonomie der Gemeinderat Vorrang hat. Daraus ergibt sich, daß bei Rücktritt, Verhinderung, Absetzung, Amtsverfall oder Ableben des getrennt gewählten Bürgermeisters der Gemeinderat nicht aufgelöst werden darf. Anders ist die Lage bei einer Mißtrauensabstimmung des Gemeinderates gegen den Bürgermeister. Der Bürgermeister ist direkt vom Volk gewählt, so daß ihn konsequenterweise nur das Volk abberufen kann. Daher schlagen wir vor, daß bei Annahme eines Mißtrauensantrages durch den Gemeinderat am dritten Sonntag nach der betreffenden Gemeinderatssitzung eine Volksabstimmung darüber erfolgen muß. Erst dann hat es einen Sinn, falls das Volk das Mißtrauen nicht bekräftigt, den Gemeinderat aufzulösen, wobei der Bürgermeister im Amt bleibt.

Ich habe inzwischen recht behalten und möchte den Abg. Frasnelli darauf aufmerksam machen. Die Region Trentino-Südtirol unterscheidet sich mit dem Proporzgrundsatz für die Regionalwahlen wie im Art. 25 des Autonomiestatutes festgeschrieben ist und dem Proporzgrundsatz für die Organe der Gemeinden - zumindest was die Provinz Bozen betrifft - von allen anderen Regionen, nicht Normalregionen, aber von allen anderen Spezialregionen, auch vom Aostatal, das auch

die Zweisprachigkeit hat, Italienisch und Französisch. Aber der Proporzgrundsatz gilt nur für die Region Trentino-Südtirol und mich wundert es, daß die Trentiner nicht auch auf diesen Proporzgrundsatz bestehen, wenn sie die sogenannte Besonderheit, die Spezialität dieser Region unterstreichen oder nachweisen wollen. Darin unterscheiden wir uns von allen anderen Regionen und dieser Proporzgrundsatz muß verteidigt und nicht aufgegeben werden, wie es hier auch erfolgt, z.B. mit einem neuen Artikel, der den Proporz bei der Stellenbesetzung nicht im Sinne des Art. 89 anwendet, d.h. bezogen auf die gesamte Bevölkerung, sondern bezogen auf die Gemeinden, die Eigentümer eines Elektrizitätswerkes sind oder wo ein Werk tatsächlich besteht usw. Und dies, obwohl es zwei Urteile des Verfassungsgerichtshofes gibt, die besagen, daß der Proporz bezogen werden muß auch auf das gesamte Territorium, auf dem die entsprechende Körperschaft ihre Tätigkeit ausübt. Also z.B. wo der Verkehrsverbund herumfährt bzw. wo die Stromversorgung erfolgt. Da hat es in einem Beschlußantrag, der dann bei unserer Gegenstimme genehmigt worden ist, geheißen: Wer sich einsetzt für die Verteidigung seiner Nationalität, der ist ein Nationalist. So hat es doch geheißen.

Wir haben jetzt - ich möchte euch darauf aufmerksam machen - die Großkundgebung von mindestens einer halben Million Neger vor dem Weißen Haus erlebt. Wofür sind sie zusammengekommen? Ihr wißt, die Neger machen in den Vereinigten Staaten zwölf Prozent aus - eine Minderheit. Vorausgegangen war ein Urteil des amerikanischen Verfassungsgerichtshofes vom 12. Juni 1995, in dem dieser den Grundsatz ausgesprochen hat, daß gesetzliche Begünstigungen von Minderheiten (siehe Proporz z.B.) eine Verletzung des Gleichbehandelns sind, weil - so der Verfassungsgerichtshof - wir alle gleich sind, ob schwarzer oder weißer oder spanischer Abstammung - wir sind alle Amerikaner. Als Reaktion darauf hat es diese Großkundgebung gegeben, weil die Schwarzen, gerade der Anführer gesagt hat: Wir Schwarze leben nicht geschlossen in einem Staat der Vereinigten Staaten, in einem Mitgliedsstaat, sondern leben verstreut, wir sind eine Nation aus ethnischen Gründen, in diesem Fall nicht aus sprachlichen Gründen, sie reden alle Englisch - wir sind eine Nation und wir fühlen uns nicht gleich gut behandelt. Wir verlangen den Proporz, haben sie gesagt. Wir verlangen, daß der Proporzgrundsatz aufrecht erhalten bleibt, haben die Neger in den Vereinigten Staaten gesagt und ich bin davon überzeugt, daß Amerika, die amerikanische Regierung und auch die amerikanische Öffentlichkeit dem stattgeben wird und daß die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes der Vereinten Staaten auch hier einen Rückzieher machen wird und sagen wird: Nein, nein. Also wenn die Minderheiten Recht haben auf entsprechenden positiven Schutz wie es eben der Proporz darstellt, denkt niemand daran, glaube ich, die schwarze Nation in den Vereinigten Staaten deswegen als Nationalisten zu bezeichnen. Wir wissen ja, die Vereinigten Staaten sind entstanden nachdem die Nordstaaten einen Bürgerkrieg durchgeführt haben und gewonnen haben gegenüber den Südstaaten, wo die Nordstaaten eben behauptet haben: Nein, die Neger dürfen nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, als Sklaven usw. Sie haben den Krieg gewonnen und sind seitdem auf dieser Linie.

Aber ich möchte noch dazu sagen und wiederholen: Nur durch den Proporzgrundsatz unterscheidet sich die Region Trentino-Südtirol von allen anderen,

nicht Normalregionen, sondern Spezialregionen Italiens und diesbezüglich haben wir im italienischen Innenministerium das "Ufficio centrale problemi delle zone di confine e le minoranze etniche", das den "primo rapporto sullo stato delle minoranze" in Italien im Jänner 1994 veröffentlicht hat, unterschrieben vom damaligen Innenminister Mancino. Im September vorigen Jahres ist ein weiterer "rapporto", und zwar über alle Minderheiten in Europa auch wieder vom Innenministerium vorgestellt worden und dort ist enthalten, daß sich Italien sozusagen brüstet so viele Minderheiten zu haben, nämlich runde 3 Millionen 300 Tausend, wobei die deutsche Minderheit noch runde 300 Tausend umfaßt. Die 3 Millionen bestehen hauptsächlich aus den Sarden, 1.700.000, aus den Friulanen, steht geschrieben, mit noch einmal 700.000 usw. 3 Millionen, das sind rund nicht ganz 6 Prozent der Bevölkerung Italiens, die zum größten Teil geschlossen in Regionen mit Sonderstatut leben, die 14 Prozent des Territoriums ausmachen. In diesem Dokument des Innenministerium steht folgendes - ich lese es auf italienisch vor: In questo documento viene per la prima volta esplicitato il principio della tutela delle minoranze, come diritto collettivo - Proporz kann man nur anwenden, wenn ein "diritto collettivo" besteht - di cui sono titolari i gruppi. Si tratta in effetti di un diritto che i documenti precedenti e summenzionati contenevano solo in maniera esplicita, poiché il soggetto titolare di diritto era sempre considerato di dividuo, anche quando trattavasi di diritti palesemente collettivi, quale ad esempio quelli a libero uso della lingua materna, i diritti religiosi o lo stesso diritto all'autodeterminazione - sagt das Innenministerium - dei popoli, affermato dall'art. 1 dei due patti internazionali sui diritti dell'uomo e recepito dagli atti conclusivi della conferenza per la Sicurezza e la Collaborazione in Europa di Helsinki. La sua esplicitazione, schreibt das Innenministerium, assume pertanto i connotati di un atto dovuto che risponde anche alla conclusione di un rapporto del 77 delle Nazioni Unite sul problema in questione. In questo quadro l'Italia si pone in una posizione singolare - also sie brüsten sich -: il principio dell'esistenza di diritti di natura collettiva di cui sono specificamente titolari gruppi etnici minoritari, è infatti nel nostro Paese esplicitamente riconosciuto - also nur Italien bis auf heute - nel suo valore di principio fondamentale ed universale dall'art. 6 della Costituzione, che recita testualmente la Repubblica tutela con apposite norme le minoranze linguistiche usw.

Also ausdrücklich in einem Dokument des Innenministeriums beruft man sich darauf, daß bis auf heute Italien nur Kollektivrechte der Minderheiten anerkannt hat, darunter auch das Selbstbestimmungsrecht, steht in diesem Dokument, unterschrieben vom Innenministerium bzw. von einem Präfekten, der eben da mitwirkt. Und wir wissen auch der Papst hat jüngst in seiner Grundsatzrede vor den Vereinten Nationen zweimal auf das Selbstbestimmungsrecht hingewiesen, in einer Grundsatzrede am 5. Oktober 1995 z.B. sagt der Papst: Vediamo riemergere con forza l'istanza dei particolarismi etnico-culturali quasi come il bisogno prorompente di identità e di sopravvivenza; una sorta di contrappeso alle tendenze omologanti. Gli uomini sono legati necessariamente in modo più intenso a particolari gruppi umani, innanzitutto la famiglia, poi i vari gruppi di appartenenza fino all'insieme del rispettivo gruppo etnico culturale. I diritti delle nazioni che altro non sono se non i diritti umani colti a questo

specifico livello della vita comunitaria. Il concetto di nazione che non si identifica a priori e necessariamente con lo Stato usw. und dann sagt er eben: Possono esserci circostanze storiche in cui aggregazioni diverse dalla singola sovranità statale possono risultare addirittura considerabili, ma a patto che ciò avvenga in un clima di vera libertà garantita dall'esercizio del diritto di autodeterminazione. Esercizio dell'autodeterminazione dei popoli usw. Er kommt noch einmal: Qualesiasi cultura è uno sforzo di riflessione sul mistero del mondo e in particolare dell'uomo. E' un modo di dare espressione alla dimensione trascendente della vita umana. In tale contesto occorre chiarire il divario essenziale tra una insana forma di nazionalismo che predica il disprezzo per le altre nazioni o culture e il patriottismo che è invece il giusto amore per il proprio Paese di origine. Und er wiederholt noch einmal das Recht auf Selbstbestimmung - sviluppare tra le nazioni relazioni amichevoli fondate sul rispetto del principio di eguaglianza dei diritti e dell'autodeterminazione.

Und ich wiederhole daher, daß hier in diesem Gesetzentwurf, so wie ihn der Ausschuß vorlegt und wie ihn die Kommission mehrheitlich genehmigt hat, drei verfassungswidrige Bestimmungen enthalten sind, die irgendwie alle zurückzuführen sind auf die Verneinung der Rechte der Minderheiten, wie sie nicht nur der Artikel 6 der italienischen Verfassung und wie sie durch Urteile des Verfassungsgerichtshofes eben ausgesprochen worden sind und wo eben z.B. - ich habe sie alle genannt - noch und nöcher das Urteil 438 von 1993 zitiert wird, in dem es heißt: Es entspricht dem nationalen Interesse, auf das der Minderheitenschutz Bezug nimmt und sogar dem Grundsatz der nationalen Einheit - sagt der Verfassungsgerichtshof -, der durch die Sonderautonomien nicht beeinträchtigt, sondern verstärkt wird, daß die Minderheit ihre politische Vertretung und die Bedingungen tatsächlicher Gleichheit ausdrücken kann. Solche Bedingungen sind seit 1948 bis auf heute verwirklicht worden und es heißt dann eben, daß sie verwirklicht worden ...und ich erinnere nur, daß wenn das genehmigt wird, wenn die Abschaffung der par condicio, der Bestimmung, daß die Reststimmen nur an Parteien gehen, die bereits einen Quotienten erreicht haben und die Proporzbestimmung, wenn die genehmigt werden, so verneint die Region also einen wesentlichen Grundsatz, der diese Region gerechtfertigt hat, einen wesentlichen Grundsatz, der sie von allen anderen Regionen unterscheidet. Jedenfalls sind das Bestimmungen, die verfassungswidrig sind, weswegen das Gesetz auf jeden Fall rückverwiesen werden müßte. Danke.

Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz **Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini**

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter.

Der nächste Redner ist der Abg. Benedetti. Frau Kury merken wir vor.
Bitte schön Herr Abgeordneter.

BENEDETTI: Grazie Presidente. Innanzitutto un compiacimento per far fatto sì che questa legge elettorale sia stata inserita in una discussione sufficientemente esauriente e

quindi una discussione generale e non si è voluto farla passare, come inizialmente sembrava come una discussione di rettifica, tanto per rettificare alcuni articoli di una legge, che in verità è stata fatta da meno di un anno.

Quindi in presenza di sostanziali mutamenti e modifiche della legge, giusto è stato che si sia arrivati ad una discussione generale molto articolata e quindi anche il processo in termini di tempi di approvazione di questa legge sia stato allungato.

Un punto sul quale vorrei soffermarmi è quello per il quale con la presentazione di questa legge, cosiddetta di modifica, ma mi sembra anche nel contesto generale delle leggi elettorali e comunque che modificano il nostro ordinamento in tema di elezioni, si pretenda con il sistema elettorale di risolvere i nodi della politica. Penso che questo è sicuramente una velleità che dobbiamo accantonare, in quanto, se il sistema elettorale perfetto esistesse, probabilmente tutti l'avrebbero già adottato e saremmo sicuramente molto più tranquilli.

Appurato che il sistema elettorale unitario, comunque che possa risolvere tutti i problemi, non esiste, è logico analizzare anche leggi di questo tipo e quindi leggi di elezione all'interno delle nostre istituzioni, inserite in un momento storico particolare, quindi inserite anche in un contesto tra l'altro come il nostro, il Trentino Alto Adige, un contesto anomalo rispetto alle altre regioni e quindi con una presenza autonomista forte e una presenza di minoranze che tutti sappiamo.

L'aver preteso che questa legge dovesse funzionare in tutti i comuni, mi sembra che questa idea sia stata sconfitta, in quanto anche la percentuale dei 3 o 4 comuni del Trentino e 3 comuni dell'Alto Adige, che non sono riusciti a sostenere un sindaco con una propria maggioranza, sia sostanzialmente considerato anche il periodo politico che noi viviamo una cosa assolutamente accettabile e non si riesce a capire perché ci si scandalizza molto in Trentino per i 4 comuni che sono in questa posizione, quando in Alto Adige, sia pur non in presenza di sistemi che prevedessero un aggancio diretto della maggioranza a sindaco, invece esistono gli stessi problemi. Questa è la riprova che sostanzialmente la legge a mio avviso ha funzionato.

Semmai dovremmo agire sul modo di fare politica, sull'affrontarci più spesso sulle problematiche che toccano direttamente i nostri cittadini, questo probabilmente farebbe sì che delle aggregazioni politiche potessero portare ad una cosa più organica, non dettata unicamente dal sistema elettorale. Probabilmente questo momento di leggera confusione non ci permette di esprimere dei grandi leader a livello politico, che possano poi trainare intorno alla propria figura un insieme di movimenti che potrebbero avere una linea politica comune. Questo è un po' il dato che volevo far rilevare, quindi il fatto di non pretendere che il sistema che si applica per l'elezione sia a livello di sindaco, che regionale, che nazionale, possa risolvere i nodi della nostra politica.

Quindi il giustificare questi 7, 8 comuni che andranno ad elezioni anticipate, significa non far rivalere tutte le colpe sulla legge che noi abbiamo approvato pochi mesi fa. Se poi, come è successo nei capigruppo ieri, qualcuno come il Presidente Grandi si appella al fatto che all'indomani delle elezioni il giornalismo si è espresso con toni piuttosto forti nei confronti di questa legge e ci crea ancora delle colpe maggiori il

fatto che noi non siamo convinti di aver messo in campo una legge, che è stata ampiamente discussa in quest'aula e che ha avuto anche un parto abbastanza difficile, il fatto che non siamo stati capaci di controbattere a chi ci accusava di aver appunto emanato una legge non all'altezza, dimostra la difficoltà politica nella quale viviamo e dimostra anche la nostra fragilità, perché è sufficiente che un potere come quello della carta stampata riesca a condizionarci fino al punto di stabilire che noi dobbiamo rivedere una legge, perché i giornali sono stati aspri nella critica.

D'altra parte faccio rilevar come invece un organo della giustizia non viene preso in considerazione in una legge che è presentata pari pari a questa e mi riferisco alla legge che è stata presentata, ma mi sembra poi ritirata, anche se non mi sembra ci sia ancora l'ufficialità nel dare una giusta interpretazione ad un articolo di legge, quando già ci sono stati due, tre gradi di giudizio da parte della magistratura.

Tenere in considerazione da una parte il giornale e farsi condizionare dal giornale e non farsi condizionare da un potere, che è estremamente forte ed indipendente, che è quello della Magistratura, sembra una cosa che sicuramente vada sottolineata e quindi questo dimostra come stiamo lavorando e come il male non sta nella legge elettorale, ma proprio nella concezione della politica, nella concezione di quelli che sono i poteri ai quali noi dovremmo sempre appellarci e quindi dovrebbero essere il nostro faro e la nostra guida nel nostro modo di fare politica.

Ho già avuto modo di esprimermi qualche mese fa in occasione della discussione sulla legge che è stata approvata, in quanto promotore, assieme al collega De Stefani, di un disegno di legge, che ha dovuto essere mediato, ho partecipato volentieri a diverse riunioni, ci siamo incontrati con l'assessore competente e con altre forze politiche e sicuramente le mie posizioni, che probabilmente erano le più radicali all'interno di questo consiglio, nel senso che la figura del sindaco era totalmente differente da come viene prospettata oggi ed un tantino differente come è stata prospettata nella legge, ma giusto era che il sottoscritto si dovesse confrontare con tutti e giusto era assumere un ruolo di minoranza, in quanto con il collega De Stefani rappresentiamo due punti su settanta e quindi era un po' velleitario imporre il nostro disegno di legge. Quindi ci siamo premurati di discuterne con i colleghi ed è uscita una mediazione che ho ritenuto sufficiente.

Allora il presentarsi dopo sei mesi con uno stravolgimento dell'impianto legislativo che noi avevamo messo in piedi all'epoca, mi sembra anche da parte della maggioranza che sostiene la Giunta di questo Consiglio, una decisione troppo affrettata, aspetterei tranquillamente di avere delle riprove, che comunque questa legge si potesse vistare, quindi potessimo rilevarla ancora nelle prossime elezioni ed è quasi una certa ammissione del fatto di non essere stati molto convinti di come abbiamo messo in campo questa legge o comunque una retromarcia che è sostanziale e non sicuramente una modifica irrilevante di questa legge.

Penso che per le trasformazioni, sia politiche che di altro genere, ci voglia del tempo, allora far crescere la mentalità di noi politici, che siamo al vertice degli organi istituzionali e quindi far crescere anche nelle nostre popolazioni una mentalità totalmente differente di riferimento, sia alla politica che ai politici dovrebbe

essere il nostro compito essenziale, perché è lì che vinceremo una battaglia e non sicuramente il fatto di imporre una legge, che induca poi, come è successo spesso, al fatto di mettere insieme delle aggregazioni, che sulla carta o comunque a livello elettorale o per vincere una battaglia elettorale possono stare insieme, ma che poi nella effettiva governabilità delle nostre regioni, l'esempio statale penso sia il più eclatante, ma che poi alla luce dei fatti si rivela sbagliato e quindi stare insieme solo perché una legge ce lo impone, nella fattiva amministrazione delle nostre istituzioni rileviamo che non porta sicuramente del bene.

Quindi far elevare una cultura politica diversa, secondo me è l'obbligo che dovremmo avere ed è quello che ci riporta a risolvere i problemi. Non pensiamo che cambiando le regole di una legge elettorale sicuramente riusciremo anche a cambiare i nodi della nostra politica.

Il fatto che inizialmente si sia voluto cambiare queste regole nel preciso istante, nel quale veniva anche sottoscritto un'indizione di elezione dei comuni, che non hanno un sindaco e una maggioranza che lo sostiene, mi sembra un fatto estremamente grave, cioè cambiare le regole mentre è in atto una campagna elettorale, sinceramente mi ha toccato molto, non so se i proponenti di questa velocizzazione e quindi il fatto di aver concordato con il commissario del governo, con lo Stato che, se si riuscisse ad approvare questa legge entro i termini del 26 novembre per bloccare poi una campagna elettorale in corso, sia stato sufficientemente vagliato.

Prendo atto che è stata fatta una retromarcia e quindi dò sicuramente a Cesare quello che è di Cesare, quindi riconosco al Presidente di essere intervenuto per far sì che questa campagna elettorale non venisse rovinata, anche perché dobbiamo renderci conto di cosa vuol dire, per un soggetto che si mette in lista o nel caso in cui stiamo discutendo si propone come sindaco, che quindi si espone verso i propri cittadini, ai quali dopo 50 giorni di campagna elettorale, perché sappiamo benissimo quali sono i tempi, sicuramente chi si muove per fare un sindaco si muove prima e quindi il riuscire a dire a queste persone: non se ne fa più niente, è un po' svilire anche quello che è l'istituzione, la partecipazione, non avrebbe fatto sicuramente aumentare quelle che sono le aspirazioni o comunque il fatto di avvicinarsi alla politica, di gente che dovrebbe essere anche al di sopra delle parti politiche, quindi soggetti della società civile.

Un altro punto che vorrei rilevare, che la collega Zendron ieri nel suo intervento ha voluto toccare, come avviene spesso in questo Consiglio regionale, anche in occasione di approvazione di altre leggi, le profonde divergenze tra Trento e Bolzano. Mi rivolgo soprattutto alla parte trentina, se siamo convinti che questa regione deve stare in piedi, ma non perché è solo un ordinamento che ci dà qualche facilità in termini economici, siamo convinti che bisognerà far recuperare un ruolo a questa regione, noi dovremmo anche far sì che le nostre leggi siano soprattutto quelle di ordinamento e quindi una legge regionale come questa, rapportata all'elezione diretta del sindaco, debbano essere il più possibile collegate tra Trento e Bolzano.

E' difficile riuscire a capire perché si voti con due preferenze, già c'è l'anomalia rispetto al resto d'Italia, che si voti con due preferenze in quel di Trento e con quattro preferenze in quel di Bolzano; questo naturalmente è un vecchio sistema per non

brillare di luce propria, ma riuscire sempre ad avere dei collegamenti con il più forte, che ti porta poi ad essere eletto. Dico la preferenza, per non sottolineare alcuni punti che la collega Zendron ieri aveva sottolineato, come la presidenza del Consiglio o il fatto ancora più grave che intitoliamo una legge come "Elezione diretta del sindaco" e poi in diversi comuni di Bolzano si assista al fatto che tutti sono candidati sindaci, che si gioca sulle rinunce e quindi non ci sia una visione netta e limpida di chi è il candidato sindaco.

Penso che questo sia un ulteriore attacco alla regione e di questo penso che politicamente, chi sostiene questa maggioranza in regione, se ne deva prendere tutte le conseguenze. Ho detto che non solo in questa occasione, ma anche in altre, l'ultima è stata l'altro ieri, quando abbiamo votato quella leggina di pensione ai soggetti che non erano stati partecipi da parte italiana nell'ultima guerra ed anche lì, non so con quale scusa, perché non penso ci sia carenza di personale in regione, per la quale non si potesse tenere la contabilità di una pensione di 30 mila lire al mese per 150 soggetti circa, no, anche lì si è voluto passare alle province le competenze regionali e non si sa con quali motivazioni.

Penso che il sostenere questa maggioranza in regione, voglia dire snaturare la regione, che sicuramente chi la sostiene è un soggetto che attacca la nostra autonomia, perché noi sappiamo perfettamente quale sia il disegno della SVP, ma questo non riusciamo a controbatterlo, anzi probabilmente siamo anche consociativi per quanto riguarda la maggioranza e quindi ci associamo a questo disegno di distruzione della regione.

Ogni legge mi sembra che lo ponga in essere e quindi a mio avviso dovremo ridiscutere molto più spesso in questo Consiglio regionale, ma probabilmente anche fuori, tra le forze politiche che vogliono mantenere la regione, probabilmente riuscire anche a dare un volto nuovo a questa maggioranza in Consiglio regionale.

Per toccare alcuni temi che questa legge vorrebbe reintrodurre, è giusto che faccia delle precisazioni, tra l'altro che sono in coerenza con quanto avevo proposto nel passato autunno, proprio in presentazione del mio disegno di legge. Mi sembra che già sugli assessori esterni liquidiamo subito, forse è una battaglia vinta, in quanto sono sempre stato un grande assertore del fatto che gli assessori esterni debbano essere presenti all'interno delle nostre istituzioni comunali e quindi per quello che mi riguarda forse è l'unico punto che mi soddisfa in questa legge.

Abbiamo parlato molto prima di stabilire, soprattutto a livello trentino, quella quota di tremila abitanti come una quota che potesse stabilire quale era la soglia sotto la quale il maggioritario puro potesse essere inserito e sopra la quale invece asserire che all'interno dei comuni sopra i 3000 abitanti ci fosse una certa dialettica politica, per la quale fosse giusto inserire un sistema diverso, che desse modo alle varie coalizioni o comunque ai vari movimenti politici di essere presenti con un proprio simbolo.

La realtà trentina, sappiamo tutti benissimo, è frammentatissima e quindi avevamo ipotizzato 3000 abitanti, proprio in rapporto anche a quello che erano i 15 mila abitanti nel resto d'Italia, cioè data la frammentazione siamo arrivati ad asserire che il comune con più di 3000 abitanti da noi avesse una dialettica politica al suo interno o

una rappresentanza politica che potesse essere paragonabile a quella dei 15 mila a livello italiano, anche in termini di paragone di abitanti. Quindi se andiamo a vedere il paragone sotto i 3000 in Trentino e sotto i 15 mila in Italia, abbiamo poi una percentuale di abitanti che è quasi la stessa.

Quindi non so quali siano adesso le intenzioni dei proponenti dei tre disegni di legge, però da parte mia difenderò "tremila", senza però far sì che oltre ai tremila si faccia un discorso analogo di aggregazione forzata delle parti, in modo da arrivare poi ad omologare il sistema sotto i tremila, perché altrimenti non ci sarebbe ragione di sostenere un sistema diverso. Se sposiamo il maggioritario in toto e andiamo sul maggioritario anche in tutti i comuni e non facciamo alchimie di alcun genere per riuscire a fare dei sistemi che possono essere equivalenti e questo per quanto riguarda i comuni da tremila a diecimila.

Per quanto riguarda il voto disgiunto, che è un problema inserito in questi disegni di legge, in occasione della presentazione di un disegno di legge nel passato autunno, con il collega De Stefani abbiamo reso evidente la nostra posizione, di rispetto tra l'altro con i referendum popolari che erano stati effettuati l'anno prima anche in Trentino e che ebbero un così grande risultato, abbastanza omogeneo, considerando anche le differenze sulla regione che noi continuiamo a tenere in piedi e poi nel momento in cui presentiamo agli abitanti della nostra regione una prospettiva come quella che ci è stata prospettata nel referendum proposto da Segni, invece ne esce un risultato che è uguale al Trentino come all'Alto Adige.

Noi avevamo indicato proprio il fatto che sindaco e consiglio comunale potessero essere due organi distinti, tra l'altro la legge nazionale 81 ha già fatto in parte giustizia, seguendo criteri voluti dalla volontà popolare in seguito al referendum. Assai meno felice è stata la proposizione di quest'aula, in tal senso in occasione del varo della legge regionale possiamo dire, oggi a quanto pare si vuole dare ulteriore dimostrazione di non attenersi a questa moderna evoluzione, che dovrebbe vedere a tutti i livelli la distinzione del sindaco dal Presidente della Provincia o Regione o dal Premier a livello nazionale, distinti da quelle che sono le assemblee.

Questo fatto di parziale ritorno, posizioni precedenti, ma io aggiungo anche vecchie, non sfugge certo agli osservatori più ragionevoli e più attenti, ai processi di evoluzione di questa società, abbiamo detto che la società non si evolve con i sistemi elettorali, ma si evolve perché al suo interno c'è necessità di guardare avanti e quindi di portare nuovi sistemi politici. Quindi è evidente che il fulcro su cui fanno leva i poteri dei partiti, deriva sicuramente dalla funzione di grandi elettori a loro assegnata, quindi il partito è sempre stato quello che non solo designa, ma condiziona pesantemente il ruolo della legge, il vincolarsi da questo sarebbe più che opportuno.

In sintesi il mandato agli organi di governo proviene ancora troppo da pochi individui, che controllano i rappresentanti del popolo, ma che sfuggono a qualsiasi controllo sociale al di fuori dei congressi dei loro partiti, quindi non c'è una grande libertà, ma sono solo pochi a dirigere la politica dei nostri comuni, regioni e anche Stato, proprio per la disaffezione della gente verso la politica e il fatto di essere discussa in sedi poco chiare, chiuse e quindi non aperte, sempre più difficile al soggetto che non

vuole impegnarsi con un determinato movimento politico, impegnarsi soprattutto a livello comunale, quando sappiamo perfettamente che le scelte il più delle volte non sono di tipo ideologico, ma amministrativo e quindi ci dovrebbe essere una grande libertà di scelta.

Il mandato di governo viene troppo frequentemente conferito alle segreterie dei partiti e da queste può essere in ogni momento revocato, poiché le stesse a loro volta sono il frutto di accordi interni che si contendono la leadership, ecco che la sopravvivenza dei governi dipende unicamente dagli umori e dai rapporti di forza all'interno delle correnti dei partiti. Per me l'obiettivo principale resta quello di trasferire la funzione di elettori dei poteri locali al corpo elettorale. L'ideale con aggiornamenti adatti, per avere anche una certa governabilità, sarebbe stato sempre a mio avviso l'inserimento della doppia scheda, che faceva parte del mio disegno di legge iniziale, sicuramente atta a meglio significare l'elezione di due organi ben distinti, di cui il corpo elettorale avrebbe una visione sicuramente più corretta.

Scendendo a pattuizioni credo non si possa andare oltre il voto distinto, quindi accettare anche la scheda unica, ma mantenere comunque il voto disgiunto, rendendo chiara quella volontà per i proponenti di riunificare ancora i due organi in questione, quindi il sindaco ed il consiglio. Quindi mi sembra estremamente chiaro che il sottoscritto, è per mantenere sicuramente ancora il voto disgiunto.

C'è poi un terzo problemone, che è quello degli apparentamenti al secondo turno, per i quali al sottoscritto appare eccessivamente rigido l'atteggiamento di non permettere ulteriori apparentamenti in questo secondo turno, è ben vero che talvolta questi sono oggetto anche di opportunismi, comunque non mi ritengo assolutamente sicuro di doverli escludere, penso che casi di effettiva stabilità di governo e quindi il fatto di costituire una spinta all'aggregazione di questi tempi sia sempre opportuno. Credo anche di dover concludere che gli apparentamenti al secondo turno siano senz'altro leciti, perché ovviamente soggetti a reciproca dichiarazione, di consenso delle forze che appoggiano il candidato sindaco. Quindi vedere un apparentamento al secondo turno tra due forze politiche, che per la mancanza di accordo sul nome di sindaco, ma avendo una linea politica pressoché uguale, possa tranquillamente mantenersi.

Per quanto riguarda invece il premio di maggioranza l'argomento è senz'altro molto discutibile, comunque a mio parere, permanendo ancora seri dubbi, l'eliminazione del 40% come soglia per ottenere il premio, da una parte può essere giustificata, se legata al risultato ottenuto dal sindaco e non dalle liste e quindi il riuscire a stabilire questa percentuale riferita al sindaco e non alle liste.

E' comunque evidente che occorre trasferire il premio del 60% alle liste collegate al secondo turno con il sindaco naturalmente eletto. Certamente non si potrebbe ottenere il 60% al secondo turno nel caso previsto anche dalla legge 81, che noi non ottemperiamo, nel cui caso una lista o un altro gruppo di liste abbiano superato al primo turno il 50%. Allora il non mantenere il 40% e permettere che magari una lista con il 20% possa ricevere un premio di maggioranza, quando un'altra lista ha superato il 50%, potrebbe essere un caso che si presenta anche nelle nostre realtà ed a mio avviso potrebbe essere rilevata come una struttura giuridica, oltre il fatto che un consiglio

comunale venga tagliato o comunque calcolato, senza tenere presente addirittura la presenza di una lista che abbia avuto oltre il 50%, mi sembra che anche giuridicamente non possa stare in piedi.

Passando in aula la tesi del voto congiunto sarà più difficile realizzarsi questo caso. Concludo Presidente, volevo solo soffermarmi sul sindaco non compreso nel numero e la norma che prevede di conteggiare il sindaco nel numero di componenti il consiglio comunale fosse la più significativa, la più coerente ad un disegno, a mio parere, negativo, consistente nel rifiutare l'impostazione di fatto che più volte ho espresso, è il fatto di avere due organi con due competenze ben diverse.

Spiace dover osservare che la classe politica in genere sia ben lungi dal guardare avanti, forse a mio avviso ancora nostalgica di quelli che sono i sistemi e comunque l'attuazione di una politica che è stata più volte battezzata, come quella della prima repubblica e per la quale non si può ancora definire con il verbo "fu", mi sembra sia ancora in atto e quindi difficilmente riusciamo a divincolarci da quelli che sono stati gli apparati, le logiche politiche che ci hanno accompagnato in questi ultimi 40 anni. Grazie.

PRÄSIDENT: Frau Abg. Kury hat jetzt das Wort.

KURY: Danke, Herr Präsident. Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Daß das Wahlgesetz kein Meisterwerk ist und war, darüber glaube ich, herrscht jetzt Einigkeit. Gleich nach dem Entstehen des Wahlgesetzes allerdings war man sich darüber nicht so einig. Ich habe noch Diskussionen im Kopf, auch Fernsehdiskussionen, in denen die Mehrheitsparteien eigentlich glühend dieses Wahlgesetz verteidigt haben.

Nun die Tatsache, daß man so kurze Zeit nach der letzten Gemeinderatswahl eben bereits da rangeht dieses Gesetz gründlich zu überarbeiten, ist wohl der beredte Beweis dafür, daß wir damals recht hatten. Wir, meine ich eigentlich die gesamte Opposition, denn von allen Seiten ist damals betont worden, daß das Gesetz konfus sei, daß es widersprüchlich sei und daß diese Arbeitsweise, die dabei an den Tag gelegt worden ist, nicht dazu geeignet ist, ein konsequentes und in sich schlüssiges Gesetz entstehen zu lassen. Vor allem auch an der Arbeitsweise damals hatten wir heftige Kritik geübt. Nun, man hat zwar jetzt eingesehen, daß das Gesetz nicht gut ist, man ist aber nicht dazu gekommen einzusehen, daß eine Arbeitsmethode, in der man eigentlich wie ein Panzer losgeht, nicht geeignet ist so eine komplizierte Materie zu regeln. Im Grunde geht es bei dieser... signor Alessandrini, mi scusi... im übrigen geht es bei dieser Überarbeitung, die jetzt ansteht, wie wir alle wissen, nicht so sehr darum juristisch-technische Verbesserungen anzubringen, sondern aus dem Blickwinkel der Mehrheitspartei geht es eigentlich vor allem darum, Wahlniederlagen, die man letzten Herbst hier einstecken mußte, wieder wegzumachen. Und ich möchte in diesem Zusammenhang schon darauf hinweisen, daß das eigentlich aus meiner Perspektive, wie ich Politik auffasse, schlichtwegs skandalös ist, wenn man nicht einmal in der Öffentlichkeit versucht den Schein zu wahren, daß es um das Wahlgesetz im

allgemeinen geht. Titel wie z.B. gestern in der Dolomiten: "SVP kämpft für Herbert Mayr" oder heute: "Die Zeiträume werden eng für Herber Mayr" sind einfach skandalös. Deutlicher kann man doch nicht der Öffentlichkeit zeigen, worum es geht. Es geht um eine Person, aber es geht nicht darum, ein für die Bürger von Südtirol und Trentino angemessenes Wahlgesetz zu machen. Mindestens den Anschein, verehrte Herren der SVP, sollte man doch noch zu wahren wissen.

Bezüglich der Arbeitsmethode, die man jetzt wieder an den Tag legt, frage ich mich, wie man hier weiterkommen will. Wie man hier zu einem politischen Konsens kommen will. Wie man überhaupt zu einem Ergebnis kommen will. Auf meinem Schreibtisch häufen sich die Abänderungsanträge. Das Häuflein wächst von Minute zu Minute und wenn wir hier die Panzermethode à la SVP anwenden, dann werden wir wahrscheinlich bis zum nächsten Frühling kein Wahlgesetz haben und ich denke, man sollte wirklich jetzt da rangehen, mit allen Gespräche führen und dann eine seriöse Arbeit hierzu erledigen und nicht einfach schauen, wer es hier länger aushält zu sitzen. Wir hatten bei der letzten Behandlung, also bei der ursprünglichen Behandlung des Gemeinderatswahlgesetzes und die Direktwahl des Bürgermeisters eine ganze Reihe von Änderungsanträgen vorgelegt, und ich möchte hier jetzt jene hervorheben auf die wir besonderen Wert legen. Zumal man uns bei politischen Gesprächen nicht konsultiert hat, liegt es uns sehr daran zumindestens im Rahmen dieser Diskussion im Plenum hier den Mehrheitsparteien unsere Stellungnahme deutlich zu machen.

Erstens was wir bereits damals gesagt haben und was heute genauso gilt: Der ungerechtfertigt große Unterschied zwischen den Provinzen Bozen und Trient. Wir reden hier in diesem Plenum so häufig und so gern von der Europaregion und wir reden so gern von Harmonisierung der Gesetze innerhalb der Europaregion und wenn es nun darauf ankommt ein Wahlgesetz zu machen, dann könnten die Unterschiede zwischen Provinz Bozen und Provinz Trient nicht größer sein als in zwei unterschiedlichen Ländern. Darauf war von uns schon damals, also letzten November, hingewiesen worden. Was hat man getan? Man hat die Unterschiede noch mehr zugespitzt, ja bzw. man hat sogar im Art. 2 sogar vorgesehen, daß man unterscheidet, wer die erste Gemeinderatssitzung einberufen darf und wer den Vorsitz führt. In der Provinz Trentino darf das älteste Gemeinderatsmitglied die Sitzung einberufen. In der Provinz Bozen darf der gewählte Bürgermeister die erste Sitzung einberufen. Also nicht einmal bei der Einberufung der ersten Sitzung des Gemeinderates konnte man sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Die Europaregion lebe hoch in diesem Sinn!

Weiters möchte ich auf ungerechtfertigte Unterschiede innerhalb der beiden Provinzen hinweisen, und ich beschränke mich jetzt auf die Provinz Bozen zumal für das Trentino eben Berufenere da sind. Auch da könnte der Unterschied des Wahlsystems der Gemeinden bis zu 13.000 und der Gemeinden über 13.000 nicht größer sein wenn es sich um unterschiedliche Länder handeln würde. Für die Trentiner eine ganz kurze Zusammenfassung der Unterschiede. Also in den Gemeinden bis zu 13.000 Einwohnern, das sind 112 Gemeinden von 116, ist jeder Gemeinderatskandidat zugleich auch Bürgermeisterkandidat. Bei der Diskussion im November letzten Jahres hatten wir auf diese Regelung hingewiesen und um Erklärung gebeten, wie man zu

dieser Regelung gekommen ist und die Begründung lautete: aus demokratiepolitischen Gründen. Das ist doch demokratiepolitisch wünschenswert, wenn so viele Kandidaten wie nur möglich zur Wahl stünden und so weit könnte man der Argumentation recht geben. Nun wenn man aber in diesen 112 Gemeinden demokratiepolitische Gründe für eine große Auswahlmöglichkeit ins Feld führt, dann frage ich mich, warum diese Gründe in den vier Gemeinden mit mehr als 13.000 Einwohnern nicht mehr Geltung haben können. Dort nämlich ist die Wahlmöglichkeit äußerst beschränkt. Jede Liste muß einen Bürgermeisterkandidaten präsentieren bzw. den Bürgern und Bürgerinnen bleibt nur die Wahl, wenn sie einen Bürgermeister auswählen, zugleich die Partei mitzuwählen bzw. wenn sie die Partei auswählen, den Bürgermeister mitzuakzeptieren.

Also die Wahlmöglichkeit ist dort äußerst beschränkt und ich frage mich jetzt: Demokratiepolitische Aspekte spielen also in den vier großen Gemeinden von Südtirol scheint's keine Rolle mehr, denn sonst würde man sich nicht zu dieser Regelung eben entschlossen haben. Ich finde es demokratiepolitisch unbedingt notwendig, daß die Wahlmöglichkeit, die in den kleinen Gemeinden wirklich gegeben ist, auch für die großen Gemeinden eingeführt wird und deshalb werden wir bei den Änderungsvorschlägen vorbringen, daß man in den großen Gemeinden ein sogenanntes Splitting vorsieht, also praktisch eine Trennung des Bürgermeisterkandidaten von den politischen Parteien, die ihn unterstützen. Eigenartigerweise wurde dieser Vorschlag vor der Entstehung des Wahlgesetzes auch vom PDS von Südtirol gemacht. Ich habe Presseaussendungen, wo man vehement auf diese Notwendigkeit hinweist. Ich sehe zwar heute, daß man für das Trentino gerade das Splitting wieder abschaffen will. Ich möchte mich dazu nicht äußern, weil ich über die Verhältnisse im Trentino wenig informiert bin und da ich ohne weiters den Abgeordneten aus dem Trentino die Entscheidung darüber lassen möchte, möchte ich aber noch darauf hinweisen, daß der PDS von Südtirol auch für das Splitting damals eingetreten ist.

Ich habe vorher positiv erwähnt, daß also in den kleinen Gemeinden die Auswahlmöglichkeit groß ist. Ich muß mich korrigieren, d.h. groß wäre, wenn man nicht die Möglichkeit vorgesehen hätte, daß es Listen geben kann, auf denen alle Gemeinderatskandidaten auf die Kandidatur zum Bürgermeister verzichten können. Ich habe große Schwierigkeiten die Interpretation zu akzeptieren, die man bereits bei den letzten Gemeinderatswahlen angewendet hat, nämlich, daß es Listen gibt, die keinen Bürgermeisterkandidaten aufweisen. Es scheint, daß man sich mit dieser Interpretation auch nicht so sicher ist, denn jetzt schlägt man vor, daß man das per Gesetz regeln soll, per Gesetz festsetzen, daß man bei der Direktwahl des Bürgermeisters eigentlich keinen Bürgermeister zu präsentieren hat. Und der Nonsens, glaube ich, wird dadurch deutlich. Für die Trentiner Kollegen möchte ich schnell hinweisen, wie sich das politisch auswirkt, nämlich so, daß wir bei der letzten Gemeinderatswahl in Südtirol ungefähr ein Dutzend Gemeinden hatten, in denen ein einziger Bürgermeisterkandidat zur Wahl stand. Daß das eine Wahl ohne Wahlmöglichkeit ist, wird wohl jeder einsehen und daß wir in gefährliche Nähe von totalitären Systemen kommen, glaube ich, wird auch jeder einsehen und diese Meinung wohl teilen.

Weiters unseren entschiedenen Protest gegen den Versuch, in allen Gemeindegewahlssystemen eben das Grundmandat einzuführen. Über diese Regelung könnte man diskutieren, wenn sie sich darauf beschränken würde, in den großen Gemeinden das einzuführen. Darüber könnte man diskutieren. Immerhin wissen wir, daß in Gemeinden von Bozen und Meran eine Zersplitterung sich schon manchmal negativ auswirkt, aber unser ganz ganz entschiedenes Nein dazu, daß man diese Regelung auch in den kleinen Gemeinden einführen will. Ich habe hier den Artikel vom letzten "Profil", das titelt: "Oppositionskiller Vollmandat". Also die Zielrichtung ist deutlich. Mit der Einführung des Vollmandats - der Herr Berger schüttelt schon wieder so nett den Kopf - will man also den letzten Rest an Opposition killen. Ich zitieren hier Profil, den ersten Satz von Profil, und zwar die ehrwürdigen Worte des Parteiobmannes Siegfried Brugger, der sagt: Wir können es uns einfach nicht leisten dem bißchen Opposition auch noch das Maul zu stopfen. Wo bliebe da unsere Glaubwürdigkeit als Partei, die sonst für die Minderheiten eintritt. Das sagte Siegfried Brugger 1989. Nun scheint sich wohl hier ein Stimmungswandel durchgesetzt zu haben. Die Glaubwürdigkeit der Partei ist kein Ziel mehr. Man könnte vielleicht auch deshalb das annehmen, weil die Glaubwürdigkeit der Partei vielleicht eh schon futsch ist, und damit Kuh hin Kalb hin und wieder frisch drauflos. Vielleicht ist das die Schlußfolgerung, die man daraus zieht. Auf alle Fälle werden wir uns dagegen wehren, daß wirklich die wenigen Leute, die in Südtirol noch bereit sind Oppositionspolitik zu machen, daß man auch die von den Institutionen ausschließt. Es gibt hier eine Liste - wer von den Trentinern Interesse hat, kann diese Liste haben - die zeigt, wie sehr es die Opposition treffen würde, wenn in den Gemeinden bis zu 13.000 das Vollmandat eingeführt würde. Aber es geht ja hier nicht nur darum, daß man die Opposition killen will, man will zugleich mit dem Killen der Opposition auch ein anderes Problem aus der Welt schaffen, nämlich auch das geht aus dieser Liste hervor, die Einführung des Grundmandates würde vor allem die Sprachminderheit in den kleineren Dörfern eben massiv treffen, die eben nun mal die Italiener sind bzw. auch die Ladinier sein könnten, und auch dagegen wehren wir uns. Ich glaube, man sollte in Südtirol doch alles tun, daß sie die Sprachgruppen in den Institutionen vertreten können, daß sie sich dort vertreten fühlen und man sollte nicht eine Gruppe einfach ausschalten, um lästige Mitsprache eben damit zu beseitigen. Wenn man die Liste anschaut, dann merkt man auch, daß sich das auf die Italiener in Südtirol noch einmal negativ auswirken würde. Wir wissen ja, daß die Regelung des Autonomiestatutes vorsieht, daß in dem Fall wo zwei Italiener im Rat sitzen, einer in den Ausschuß berufen werden muß, und aus der Liste geht auch hervor, daß man sich somit auch des Italieners im Ausschuß entledigen könnte, weil zum Teil zwei Italiener praktisch ihr Mandat im Gemeinderat verlieren würden. Das glaube ich, ist nicht im Sinne des viel zitierten friedlichen Zusammenlebens in Südtirol.

Die Frage nach den durchgefallenen Bürgermeisterkandidaten. Wir finden es jetzt und fanden es auch früher schon äußerst korrekt, daß ein Bürgermeisterkandidat einer Liste, der nicht gewonnen hat, aber dessen Liste einen Grundsatz im Gemeinderat errungen hat, automatisch eben im Gemeinderat vertreten ist. Das finden wir mehr als korrekt und vielleicht kann Herr Peterlini mir auch bezeugen,

daß wir bereits beim Entstehen des Gesetzes darauf hingewiesen haben, daß mit dieser Regelung hier die durchgefallenen Bürgermeisterkandidaten praktisch vor die Tür gesetzt werden. Das kann Herr Peterlini bezeugen, daß ich mich an ihn gewandt habe und gefragt habe: Was können wir denn tun? Das ist doch ein Stumpfsinn. Und man hat uns wie immer nicht ernst genommen und der Stumpfsinn hat sich jetzt als Blamage für die Mehrheit herausgestellt und man hätte es eigentlich früher richtig machen können.

Was die Frage der Unterschriften im vorliegenden Gesetz anbelangt, besteht man wieder auf die Unterschriften. Ich möchte meinen Kolleginnen und Kollegen hier noch einmal deutlich machen, daß man in dem Augenblick, wo man auf die Unterschriftenanzahl besteht, eigentlich die Sache noch verschlimmert und zwar deshalb, weil man zugleich festsetzt, daß Kandidaten und Kandidatinnen der Listen nicht mehr unterschreiben dürfen. Beispiel in Meran jetzt - ich rede aus meiner Erfahrung, jeder möge sich das Beispiel auf seine Partei umsetzen - in Meran hatten die Grünen eine Liste von 50 Kandidaten und diese 50 Kandidaten konnten aber auch die Einreichung der Liste mitunterschreiben. Nun setzt man fest, daß die Unterschriftenanzahl gleich bleibt und zugleich aber die Kandidaten nicht mehr unterschreiben dürfen. Ich empfinde es als richtig, daß die Kandidaten nicht zugleich ihre Liste unterschreiben dürfen, aber dann bitte möge man die Unterschriften seriös herabsetzen und sie nicht noch verschärfen. Wir wissen ja inzwischen aus der politischen Praxis, daß die hohe Unterschriftenanzahl in vielen kleinen Gemeinden ein echtes Hindernis dargestellt hat, daß Listen eingereicht werden konnten. Auch da wieder: die Opposition soll ja nicht zum Zuge kommen.

Was die Frauenquote betrifft, möchte ich das Problem hier aufwerfen. Ich bedauere von Herzen, daß das Urteil dieses Verfassungsgerichtshofes - genauso wie ich bedaure, daß das Urteil des europäischen Gerichtes von vorgestern genauso lautet - praktisch wieder die Regelung entfernt hat, daß bei gleicher Qualifikation Frauen vorzuziehen sind. Ich hoffe, daß sich in diesem Saal vor allem die Herren und Damen aus Südtirol hier meinem Bedauern anschließen, und zwar deshalb Herr Atz, weil man ja bei uns das Wort Proporz normalerweise sehr positiv aufgefaßt hat. Stimmt das? Auch von Ihrer Seite her und auch von unserer Seite ist der Proporz dann akzeptiert worden, wenn es darum ging Ungerechtigkeiten von früher wieder gutzumachen, als kurzfristige Wiedergutmachung okay - als dauernde Einrichtung nein. Das war unsere Position. Nun, wenn der Proporz als Wiedergutmachung von Ungerechtigkeiten aufgrund von Geschichte, sozialer Entwicklung usw. akzeptiert wird, dann müßte man doch auch akzeptieren, daß in dem Fall die Frauen in die Politik zu bringen, bedeutet, Unrecht wieder gutzumachen bzw. ungleiche Ausgangspositionen wieder auszumerzen und praktisch gleiche Ausgangspositionen eben zu schaffen. Insofern bedaure ich es und ich hoffe, ich wiederhole noch einmal, daß man diese Meinung hier teilt. Im Grunde bedaure ich es aber dann auch nicht sosehr, weil wir inzwischen wissen, daß das was man als Quote in diesem Regionalrat eingeführt hat, im Grunde eine Scheinquote war, zumal sich der prozentuelle Anteil von Frauen, die sich auf Kandidatenlisten befinden mußten, ja auf die möglichen Kandidaten beschränkt hat und nicht auf die tatsächlichen Kandidaten, und in diesem Augenblick wissen wir ja auch, daß es ohne weiteres

möglich gewesen wäre, reine Männerlisten zu erstellen. Deshalb bedaure ich es auch nicht sosehr.

Absolut unverstänglich empfinde ich, daß man bestrebt ist, die Anzahl der Assessoren, die man von außen berufen kann, noch zu erhöhen. Das ist für das Trentino festgeschrieben, also hundertprozentige Möglichkeit, daß man Assessoren von außen beruft, aber auch für Südtirol ist so eine Regelung geplant. Ich habe die Abänderung noch nicht gesehen, aber man hört das. Abgesehen davon, daß man damit eigentlich die demokratisch gewählten Personen praktisch entmachtet, praktisch vor den Kopf stoßt, frage ich mich: Was könnte die Begründung für die Außenberufung sein, und die Antwort lautet ja meistens Experten, Techniker sollen helfen, den Gemeindeausschuß auf Zack zu bringen, und in diesem Zusammenhang frage ich mich, welche Entscheidungen technischer Natur und welche Entscheidungen politischer Natur im Ausschuß getroffen werden. Ist es eine Entscheidung technischer Natur, wenn anstelle eines Altersheims eine Straße oder eine Sporthalle gebaut wird? Ist das eine technische Frage oder eine politische Entscheidung? Und hier denke ich, daß die Entscheidungen im Ausschuß eigentlich alle politischer Natur sind, und technische Hilfen kann man sich ohne weiteres besorgen und da wäre es endlich an der Zeit, daß man die Beamten, die die technischen Hilfen wohl liefern könnten, aufwertet und endlich einmal die gesetzlichen Bestimmungen, das bekannte Gesetz 21 z.B. rezipiert. Das wäre die Aufgabe des Regionalrates und nicht daß man vorsieht, daß weil man das eine nicht imstande ist zu tun, man dann die Techniker in den Ausschuß beruft, obwohl die Politiker drin sitzen sollten. Also mit dieser Entscheidung kann ich mich absolut nicht anfreunden.

Zum Schluß noch zwei wesentliche Änderungsvorschläge: Einmal - meine Kollegin hat ihn gestern ausführlich erläutert, deshalb gehe ich nicht mehr näher darauf ein - nämlich wir sind natürlich nach wie vor vehement dagegen, daß man durch den Zwang zur Sprachgruppenzugehörigkeitsbescheinigung (das Wort an und für sich ist ja schon katastrophal, Sprachgruppenzugehörigkeits-bescheinigung) eben die Bürgerrechte beschneidet bzw. sie einfach außer Kraft setzt, das hat meine Kollegin gestern schon erläutert. Eine weitere Änderung, die uns sehr sehr wichtig erscheint und die allen Menschen in diesem Saal wichtig erscheinen sollte, wenn sie hier von Europa reden, ist die Einführung des Wahlrechtes für Nichtstaatsbürger. Wie Sie wahrscheinlich alle wissen, mußte am 1. Jänner 1996 die EU-Richtlinie 94-80 innerhalb dieser Zeit von Italien rezipiert werden, die vorsieht, daß alle EU-Bürger den italienischen Staatsbürgern gleichgestellt sind, und unserer Meinung nach sollte man sich hier nicht nur darauf beschränken, die EU-Bürgerschaft einzuführen, sondern man sollte tatsächlich darauf hinarbeiten, die Wohnbürgerschaft einzuführen, daß alle jene Leute, EU-Bürger und Nicht-EU-Bürger und Staatsbürger, die die Ansässigkeitsklausel erfüllen, auf Gemeindeebene mitspracheberechtigt sind. Auch dafür haben wir einen Änderungsantrag vorbereitet.

Ich schließe jetzt mit der Aufforderung ab, an dieses Wahlgesetz jetzt seriöser heranzugehen und nicht ein zweites erstes Wahlgesetz zu machen mit dem katastrophalen Ergebnis, das sich das letzte Mal herausgestellt hat. Die Voraussetzung

wäre, daß man eine Arbeitsmethode anwendet, bei der man in Ruhe unter verschiedenen politischen Parteien sich die Meinung austauschen kann und sich auf wesentliche Änderungen, die gemeinsam vorangetragen werden können, einigt. Wenn wir hier nur mit Stärke und Pulver vorgehen, wird sich wieder herausstellen, daß man nur auf die eigene Position bedacht ist und nicht das Gesamtwohl im Auge hat.

PRÄSIDENT: Danke schön, Frau Abg. Kury.
Jetzt kommt die Frau Abg. Klotz.
Bitte schön, Frau Klotz.

KLOTZ: Bereits vor den letzten Gemeinderatswahlen hat man das erkannt, was sich hier bei der Behandlung abgezeichnet hatte, daß es trotz einer langen Zeit, man könnte sagen Reifezeit, ein schlampiges Gesetz war. Viele Kandidaten, auch sehr viele Bürgermeisterkandidaten, haben bis zum Schluß nicht gewußt, ob sie nun überhaupt antreten dürfen, ob alle Formvorschriften eingehalten waren. Auch die Südtiroler Volkspartei hat es nicht einmal genau gewußt - oder schon? Es hat also von Anfang an sehr viel Unklarheit gegeben, die wahrscheinlich auch niemand von uns hier erkannt hat. Es hat Unklarheiten, Ungenauigkeiten gegeben, die alle nicht erkannt haben und vor allen Dingen hat man dann die Auswirkungen in der Praxis nicht erkannt. Es hat aber verschiedene schwerwiegende Punkte gegeben, die hier von verschiedener Seite, auch von unserer Seite, aufgegriffen worden waren und wo man versucht hat sich durchzusetzen. Wir haben uns in einigen Fällen durchsetzen können, aber nicht in allen. Aber nicht nur deswegen.

Es wäre eine Anmaßung zu behaupten, die Opposition hat alles erkannt und die Mehrheit hat nichts erkannt, das wäre eine Anmaßung, aber Tatsache ist, daß wir doch damals einige Punkte zumindest sehr kritisch herausgegriffen und beleuchtet haben. Es waren, wie gesagt, vor allen Dingen für die praktische Anwendung eine ganze Reihe von Ungenauigkeiten und Unklarheiten, die schließlich dazu geführt haben, daß es beispielsweise eine ganze Reihe von Rekursen gegeben hat, daß beispielsweise bis zum Schluß nicht klar war, ob in der Gemeinde Kastelruth nun der Bürgermeisterkandidat der Südtiroler Volkspartei illegal ist oder der Bürgermeisterkandidat der Freien Liste und die Rekurse sind bis heute nicht ausgestanden. Es ist also tatsächlich an der Zeit, daß man hier diese Fehler ausmerzt, daß man Klarheit schafft und daß man vor allen Dingen einfachere Bestimmungen einführt. Es gibt dann einige Schwerpunkte, es gibt auch einige Dinge, die man von seiten der Mehrheitsparteien abändern wird, gegen die wir ankämpfen werden, wie bereits bei der ersten Befassung mit dieser Materie und ich werde dann zu diesen Schwerpunkten kommen.

Ich möchte aber zunächst nur ganz kurz verlesen, was ein politisch interessierter Mensch vor den Wahlen vom Gesetz gehalten hat bzw. einer, der damit befaßt war Kandidatenlisten zu erstellen, Unterschriften zu sammeln. Welche Erfahrungen er mit diesem Gesetz machen mußte. Er schreibt also: Das Gemeindewahlgesetz, wie es die Region verabschiedet hat, sollte modern, einfach und

demokratisch sein und weil es das nicht ist, sagt er, nahm das Unheil seinen Lauf. Die Opposition im Regionalrat hatte alle Hände voll zu tun; wäre es nach dem Willen der Mehrheit gegangen, so könnte die Opposition künftig überall ihr Unwesen treiben nur nicht im Gemeinderat. Schon beim ersten Durchlesen des Gesetzestextes kam ein furchtbarer Gedanke. Man will die Wahlen langsam abschaffen. Künftig kommt nur mehr derjenige in den Gemeinderat, der es irgendwie schafft alle nötigen Vorbereitungen richtig zu erkennen und durchzuführen. Eine strenge Selektion, eine Art Glückswahl. Am Ausgang eines Labyrinths wartet einer mit dem Gesetzbuch in der Hand und sagt: Gratuliere! Sie haben alle bürokratischen Hürden geschafft. Sie sind Bürgermeister. Wie, so dachte man, soll man um Himmels Willen den Leuten den Unterschied zwischen Hinterlegung und Vorlegung der Listen erklären? Was bitte ist ein Verwaltungsprogramm und welches ist der richtige Zeitpunkt ein solches Programm einzureichen? Warum sollte ich vor der Vorlegung etwas hinterlegen und hinterher dann doch wieder etwas vorlegen? Und dann die Sache mit den Unterschriften. Gibt es in Südtirol überhaupt genug Wähler damit jede Liste ihre Unterschriften bekommt? Eine weitere zermürbende Frage quälte in den letzten Wochen so manchen. Nämlich wer darf wann was wohin tragen? Das Gesetz nennt eine Reihe von wichtigen Leuten, aber wer ist wann für was die richtige Person? Was hat der Listenbeauftragte mit dem Listeneinbringer zu tun? Ist der Listenunterzeichner verwandt mit dem Listenbeauftragten oder ist doch eher der Listenvertreter ein Vetter des Listeneinbringers? Was passiert wenn der Listenbeauftragte sich mit dem Listeneinbringer und Listenvertreter verbündet und alle drei sich gegen den Listenunterzeichner verschwören. Braucht der Kandidat einen Anwalt? Auch das Listenzeichen erwies sich als keine unbedeutende Hürde. Sollte es zwei, drei oder zehn Zentimeter groß sein oder alles zusammen oder sollte es ein ausziehbares Listenzeichen sein. Ist weiß eine Farbe? Auch diese Farbe hat es gegeben.

Auch die Passage mit dem Geschlechterkampf hat das Lesen des neuen Gemeindewahlgesetzes durchaus zu einer amüsanten und spannenden Angelegenheit gemacht. Es stand nämlich wörtlich: Keines der beiden Geschlechter darf mit mehr als drei Vierteln der Höchstzahl der Kandidaten vertreten sein. So heißt es im Buch der Bücher, wie hier geschrieben wird. Mit tiefen Sorgenfalten im Gesicht brütete so mancher Herr der Schöpfung über dem Problem wie komme ich jetzt zu meinem Viertel Weiblichkeit? Daß es trotz oben genannter kleiner Unannehmlichkeiten doch so viele Kandidatenlisten geschafft haben, die Vorwahlhürden zu überspringen, grenzt an ein Wunder. Jetzt bleibt also nur noch der Wahlkampf. Dafür einen Rat an die Kandidaten. Sagen sie nur um Gottes Willen niemandem, daß sie kandidieren. Im Gegenteil streiten sie es einfach ab. Das Wahlpropagandagesetz ist nämlich in einigen Teilen nicht ganz eindeutig. So weit also in eine humoristische Wortwahl gekleidete Aussage eines Kandidaten und eines jener Leute, die sich kümmern mußten um Listenvorlegungen, um Listenhinterlegungen, Unterschriftenvorlegungen, Unterschriftenhinterlegungen, Programmvorlegungen und dergleichen mehr. Also das sind Dinge, die sollen ja jetzt auch hier mit dem Gesetzentwurf der Mehrheit geklärt und verdeutlicht werden. Das zum einen.

Ich komme nun aber zu den Schwerpunkten und zu jenen Änderungen, die auch vorgesehen sind und die von der Minderheit niemals akzeptieren werden und gegen die wir kämpfen wollen mit allen Mitteln, die uns die Demokratie zur Verfügung stellt. Da ist einmal das Vollmandat. Für uns selbstverständlich ein altes Leiden. Es hat hier bereits mit dieser Diskussion um das Vollmandat damals für die bevorstehenden Regionalratswahlen bereits in der Legislatur von 1983 bis 1988 begonnen. So wie jetzt so gegen die Hälfte der Legislatur hin, hat man begonnen mit diesem Ziel einmal zu spielen. Man hat alles aufgebaut, um für die Regionalratswahlen 1988 bereits das Vollmandat, also einen Vollquotienten durchzusetzen. Bereits damals hat es hier einen Aufstand gegeben im Regionalrat, und zwar waren geschlossen die Vertreter der politischen Minderheiten des Trentino wie auch Südtirols gegen diese Regelung, weil einfach den Verhältnissen vor allem in Südtirol nicht Rechnung getragen worden ist. Man kann nicht hergehen - Gallmetzer ist heute schon von meiner Vorrednerin Cristina Kury zitiert worden, auch ich habe diesen Artikel hier - so wie es Hartmann Gallmetzer, Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei, gemacht hat und sagen: Die Klausel mit dem Vollmandat ist ein Mindeststandard in den Demokratien. Wo, bitte sehr, bleibt echte Demokratie in Südtirol und zu echter Demokratie gehört zumindest die Möglichkeit einer Alternanz, so wie sie in anderen benachbarten Ländern beispielsweise in Österreich, in Deutschland und in der Schweiz eine Selbstverständlichkeit ist. Eben weil es eine demokratische Selbstverständlichkeit ist. Aber wo bitte bleiben ähnliche Verhältnisse in Südtirol. Die gibt es einfach nicht und aus diesem Grunde muß man diesem Hartmann Gallmetzer sagen: Es ist schon eine große Portion Zynismus, wenn ausgerechnet er hergehen will und sich anmaßt zu verstehen und zu quantifizieren was Mindeststandard in den Demokratien ist.

Hier also das gerade von dieser Seite, die auch jetzt vor zwei Tagen im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf über die Widerstandskämpfer in Konzentrationslagern Umgekommenen usw. so viel über Demokratie geschwätzt hat, so viel über Widerstandskampf, über Freiheitskampf und den Wert der Freiheit. Freiheit hat mit Demokratie zu tun und Demokratie hat damit zu tun, inwiefern man eben politische Minderheiten und Andersdenkende zuläßt, nicht nur politische Minderheiten auch andere Minderheiten. Die Minderheiten insgesamt. Hier geht es aber um die Voraussetzungen eben für Wahlen und für die Zusammensetzung eines demokratischen Gremiums nämlich des Gemeinderates. Ich brauche hier die Liste nicht mehr durchzugehen, die im letzten Südtirolprofil erschienen ist, nämlich mit der Auszählung oder mit der Darlegung, mit der Auflistung all jener, die falls das Vollmandat eingeführt wird nicht mehr im Gemeinderat vertreten wären und wir sehen, daß hier selbstverständlich nicht nur Lega Nord, Union für Südtirol, sondern Popolari, Freiheitliche, Lista innovativa, Lista civica, Grünalternative, Dorfliste in Sexten beispielsweise betroffen wären. Insgesamt also betroffene Sitze: 28 Gemeinderäte. 28 Sitze also, die damit allein in Südtirol fallen würden und selbstverständlich ist keines der SVP-Mandate in Gefahr, schon wegen der Verhältnisse wie wir sie in Südtirol haben, aber selbstverständlich alles Mandate der politischen Minderheit. Sie werden nun verstehen, werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Trentino, weshalb wir also so

dagegen ankämpfen werden. Mit allen von der Demokratie zur Verfügung stehenden Mitteln. ...Natürlich und der Geschäftsordnung. Selbstverständlich auch der Geschäftsordnung. Das gehört dazu, das ist hier das Grundgesetz des demokratischen Arbeitens.

Ich brauche also auch nicht zu wiederholen, weil es Frau Kury bereits gesagt hat, was der Obmann der Südtiroler Volkspartei früher also im Jahr 1989 noch gesagt hat. Ich zitiere es trotzdem, weil nun auch einige Abgeordnete der Südtiroler Volkspartei wieder hereingekommen sind und es tut vielleicht gut, vielleicht ist es tatsächlich Naivität von mir zu glauben, daß es sie irgendwo in ihren Köpfen oder Herzen bewegen könnte. Aber schauen wir einmal. Siegfried Brugger sagte 1989 wörtlich: "Wir können es uns einfach nicht leisten dem bißchen Opposition auch noch das Maul zu stopfen. Wo bliebe da unsere Glaubwürdigkeit als Partei, die sonst für die Minderheiten eintritt." Sehr schön gesagt, Herr SVP-Obmann Brugger. Das könnten wir von der Opposition nicht schöner sagen und nicht treffender formulieren. Aber es geht jetzt darum, ob diese deine Partei, werter SVP-Obmann, tatsächlich etwas von Glaubwürdigkeit hält. Darum geht es. Und ob die Weisheiten von damals noch heute gelten. Ob man in der Auffassung von Demokratie nicht etwa ein Treppchen tiefer gegangen ist. Ob man eben nicht selbst Glaubwürdigkeit heute eigentlich für etwas recht überflüssiges hält. Wir werden sehen, inwieweit es uns gelingt die Mehrheit sicherlich nicht zu überzeugen, aber doch politisch zu zwingen das zu überdenken, diese ihre Zielsetzung, dieses ihr Vorhaben zu überdenken.

Dann gibt es einen Schwerpunkt Unterschriften. Auch eines unserer Zielsetzungen: die Anzahl der Unterschriften der eingetragenen Wähler damit überhaupt die Kandidatur einer Liste vorgelegt werden kann. Also die begleitenden Unterschriften, die sollten herabgesetzt werden. Unbedingt. Die Mehrheit ist natürlich nicht dafür, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die Südtiroler Volkspartei schwer tut die Unterschriften zu sammeln. Ich denke eher, daß sie alle Mühe hat alle jene abzuwimmeln, die ihr Gehorsam erweisen wollen und ihre Untertänigkeit der Partei und den Parteifunktionären gegenüber erweisen wollen und sie sich somit also vielleicht gar nicht erwehren kann vor lauter vielen, die sich um ihre Unterschrift dazu zur Verfügung stellen. Denn so weit sind wir auch in Südtirol leider, daß in vielerlei Hinsicht eine gewisse Haltung und ein gewisser persönlicher Stolz gar nicht mehr so erstrebenswert ist, wenn es um irgendeinen auch manchmal sehr billigen Vorteil geht. Also insofern kann man ruhig sagen, daß es da ganz große Unterschiede gibt. Wir müssen uns fragen, ob es nicht auch rechtlich eine Beschränkung des passiven Wahlrechtes ist, wenn man diese Kandidatur an eine so hohe Schwelle von Unterschriften stellt.

Auch das ist Demokratie, daß das passive Wahlrecht gewährt bleibt. Daß für alle das gleiche Recht gilt, ist schon in Ordnung. Daß Unterschriften eingeführt werden, ist in Ordnung. Wir haben das bereits bei der ersten Befassung hier gesagt. Wir sind dafür, aber wir wissen heute - in der Praxis hat sich das nun gezeigt - wie schwierig es beispielsweise in einer Kleingemeinde ist, 50 Unterschriften zu sammeln. Die Mehrheit weiß von diesen Schwierigkeiten nichts. Ich habe das vorhin gesagt, aber in kleineren Gemeinden ist es tatsächlich schwierig 50 Leute zu finden, die mit ihrer

Unterschrift sich letzten Endes dazu bekennen, daß eine gewisse Liste antritt. Wenn man es ganz objektiv betrachten könnte, ist das selbstverständlich ein demokratisches Grundrecht und derjenige, der die Kandidatur einer Liste unterstützt, muß nicht automatisch diese Liste wählen. Natürlich ist das so. Ein mündiger Mensch, ein demokratisch gesinnter Mensch hält das schon auseinander. So weit sind bei uns in Südtirol alle, daß sie das auseinanderhalten können. Aber in der Praxis dann zeigt sich doch, daß das so selbstverständlich nicht ist, daß es ziemlich Mut und Bekennterum braucht, die Unterschrift herzugeben für eine Liste, die von vornherein in Opposition zu der Mehrheit steht. Das ist bereits eine Mutprobe und daran erkennen Sie, wie zart das Pflänzchen Demokratie in Südtirol ist, weil, wie ein Bürgermeister gesagt hat, Opposition man sich leisten können muß. Da darf man nicht in irgendeiner Weise abhängig sein. Entweder durch einen Posten, durch eine Arbeit, die man bei der Gemeinde bekommen will, durch irgendeine Zufahrt, die man sich irgendwie beschaffen will usw. Opposition muß man sich leisten können, verehrte Damen und Herren. Das ist heute die Auffassung. Infolgedessen setzt das eine ganz schöne Portion von Unabhängigkeit voraus und wie viele Leute in Südtirol sind so weit unabhängig, daß sie sich sagen können: ich kann mir Opposition leisten. Wir hier schon, Frau Kury und ich und noch ein paar selbstverständlich, aber all die anderen? All diejenigen, die eben doch hie und da angewiesen sind auf ein gnädiges Ohr des Herren Bürgermeisters und dergleichen, und bei diesen Verhältnissen müssen wir ganz einfach feststellen, daß das nicht die Normalität ist. Infolgedessen müssen wir von Dingen wegkommen, die wohl für Normalität gut sind, aber nicht für eine Situation, die dieser Normalität nicht entspricht.

Infolgedessen also, Kolleginnen und Kollegen der Mehrheit, haben auch wir eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen vorbereitet, vor allen Dingen bringen wir den Antrag wieder, den wir schon im Regionalrat kurz vor den Gemeinderatswahlen vorgelegt haben. Es ging damals um die Verlegung des Wahltermins, vor allen Dingen um die gesetzliche Regelung für die Stichwahlen. Bei dieser Gelegenheit habe ich bereits die Reduzierung dieser Unterschriften verlangt. Es ist natürlich nicht durchgegangen, aber man will es auch heute noch nicht, das habe ich gehört, aber ich möchte da an all jene Kolleginnen und Kollegen mit echt demokratischer Gesinnung appellieren, sie sollen diese unsere Anträge unterstützen. Gerade was diese Unterschriften anbelangt. Einmal damit das passive Wahlrecht gewährleistet bleibt, damit wirklich auch in den kleinen Dörfern zumindest eine andere Liste antreten kann. Es gibt so viele Gemeinden in Südtirol, in denen gar keine andere Liste als die Volkspartei zur Wahl stand und was ist das für eine Wahl, wenn es nur eine Partei gibt, was ist das für eine Wahl. Es hat genügend Gemeinden gegeben, wo es gar nicht erst dazu gekommen ist, daß eine Wahl zustande kam, weil es gar keine zweite Liste gegeben hat. In anderen Gemeinden, wo es vielleicht eine zaghafte Oppositionsliste oder andere Listen gegeben hat, ist sie nicht durchgekommen und so haben wir eben heute noch die Situation, eine nicht so ganz positivere Situation oder bessere als in früheren Zeiten. Man sieht zwar da und dort, daß es Ansätze gibt. Es haben sich in einigen Gemeinden auch Minderheitenlisten oder sagen wir andere Fraktionen etabliert, aber

nach langen langen Kämpfen und vor allen Dingen nach einer langen Bewährungsprobe. Wir haben festgestellt, überall dort wo Opposition bereits gearbeitet hatte, war es etwas leichter. Aber dort wo bis heute keine andere Liste bestanden hat, wo es also keine Wahlmöglichkeit gegeben hat, war es äußerst schwierig auch einen Anfang zu machen.

Dann das Anliegen, das der Bürgermeisterkandidat, der nicht durchkommt, doch Gemeinderatsmitglied ist, das tragen auch wir mit. Das ist eigentlich in erster Linie ein Anliegen der Mehrheit, aber auch wir werden das zu unserem Anliegen machen, weil es ganz einfach schon aus demokratischen Gründen nicht angeht, daß jemand, der vielleicht hundert Stimmen weniger bekommt als der Bürgermeister nicht einmal im Gemeinderat vertreten sein soll. Der hat ein Vertrauensvotum durch die Bevölkerung an und für sich schon bekommen und er soll dann wenigstens Gemeinderatsmitglied sein können. Also auch das ein demokratisches Anliegen.

Daß verschiedene Vereinfachungen notwendig sind, das haben auch alle inzwischen gesehen. Alle jene, die einen Rekurs hängen haben, weil sie zu früh hinterlegt und zu spät vorgelegt haben oder wie immer, weil Schwierigkeiten bestanden haben eben mit dem Listenunterzeichner und mit demjenigen der die Liste vorzulegen hat und dergleichen mehr. Also da braucht es klare Bestimmungen. Ganz eindeutig. Das haben aber alle Vorredner gesagt.

Ich möchte aber nun ganz kurz noch zu einer Äußerung oder zu einigen Dingen kommen, die ich hier gerade von meinen Vorrednern gehört habe. Hier ist angeklungen: Warum soll das Trentino andere Wahlbestimmungen haben als Südtirol? Als Föderalistin bin ich der Meinung, daß es selbstverständlich dort Unterschiede geben soll, wo beispielsweise die Trentiner für sich der Meinung sind, daß sie etwas anders regeln wollen als wir in Südtirol. Ich glaube, das ist auch ein Erfordernis des Föderalismus, daß man hier nicht alles vereinheitlicht, sondern wir können das auch verstehen. Die Trentiner haben eine andere demokratische Ausgangsposition als wir in Südtirol. Eine ganz andere. Nicht verstehen allerdings kann ich die Trentiner - aber wenn sie es für richtig halten, dann werde ich ihr Anliegen mittragen -, daß sie es als Vorteil ansehen, wenn alle Gemeindeassessoren von außen berufen werden können. Wir beispielsweise in Südtirol hätten ganz große Sorge, daß durch diese Hintertür dann all diejenigen doch wieder hereingenommen wären in die Gemeinderegierung, die kein Votum durch das Volk bekommen haben, daß man sie also durch die Benennung von außen auf diesen Weg doch wieder in die Regierung hereinbekommt und damit all diejenigen vielleicht wieder in der Regierung sitzen hat, die im Grunde genommen vom Volk abgewählt worden sind, die das Volk nicht mehr wollte aus welchen Gründen auch immer. Aus diesem Grunde also, aber wenn es die Trentiner für sich als richtig finden, warum nicht. Hier sollte man meines Erachtens niemanden bevormunden oder nicht daß wir die Regelung des Trentino bestimmen, wenn die Trentiner der Meinung sind, daß es für sie so gut geht, dann soll das für mich in Ordnung sein. Ich bitte sie allerdings uns dort zu unterstützen, wie gesagt, wo es um wirklich demokratische Werte geht und wirklich um den Bestand der Demokratie geht oder um eine Chance für die Demokratie. Wenigstens eine kleine Chance der Alternanz oder der Mitsprache. Alternanz ist ja

sowieso in den allermeisten Gemeinden nicht denkbar, aber wenigstens ein Mitspracherecht.

Wir werden dann in Zusammenhang mit den vielen Änderungsanträgen, die jetzt vorliegen noch einige andere Anliegen vorbringen und unser Verhalten auch entsprechend darlegen und erklären. Ich möchte meine allgemeinen Ausführungen also damit schließen und sagen: Wenn es uns um den Wert der Demokratie geht und wenn es um Glaubwürdigkeit geht, dann muß man auch bereit sein zu öffnen, dann muß man bereit sein die Unterschriften zu reduzieren, dann muß man bereit sein auf das Vollmandat zu verzichten eben um Demokratie überhaupt entstehen zu lassen.

PRÄSIDENT: Der Abg. Atz hat sich zum Fortgang der Arbeiten zu Wort gemeldet. Das hat Vorrang.

ATZ: Danke, Herr Präsident.

Wir sind wieder einmal soweit. Wir haben um die hundert Abänderungsanträge zu diesem Gesetz. Wir haben geglaubt, daß es hier schneller gehen würde, wenn wir in der Kommission eine positive und gute Arbeit machen würden. Das haben wir uns vorgemacht. Wir wissen inzwischen alle, daß es Utopie ist, aber ich glaube, daß wir uns wieder an unsere Aufgabe zu erinnern haben. Unsere Aufgabe ist es, alle Voraussetzungen zu schaffen, damit die Lokalkörperschaften, sprich Gemeinden, ordentlich ihre Tätigkeit durchführen können. Das ist unsere Aufgabe.

In unserer Region gibt es bis jetzt - jeden Tag könnte sich das ändern, scheinbar kommt in den nächsten Tagen auch Rovereto dazu - 11 Gemeinden, die im Herbst neu zu wählen haben. Übrigens ein Beweis dafür, daß das Gesetz nicht gerade so katastrophal war, wie Vorredner hier schon gesagt haben. Kein Mensch sagt, daß es nicht verbesserungswürdig ist, und deshalb hat die Mehrheit eben diese Verbesserungen eingebracht und deshalb haben wir über diese Verbesserungen zu diskutieren, aber wir haben ganz sicher nicht die Aufgabe, hier die Arbeiten zu blockieren. Wir alle haben die Verantwortung zu übernehmen und sind gefordert, etwas zu produzieren und nicht zu blockieren. Die Aufgabe der Opposition ist es, Änderungen zu bringen, zu kritisieren, eventuelle Unregelmäßigkeiten aufzudecken, aber nicht zu blockieren und deshalb... ...sie werden nicht einsperrt, Kollege Benedikter aber jeder hat seine politische Verantwortung. Jedenfalls kann die politische Verantwortung nicht darin bestehen, daß man einfach alles blockiert, überhaupt mit zwei oder drei Stimmen. Unserer Mehrheit ist es bewußt, daß wir hier zu arbeiten und auch Erfolge zu erzielen haben, und deshalb wäre die Mehrheit bereit, die nächsten Tage weiterzuarbeiten, auch mit Nachtsitzungen, auch morgen, auch Samstag, auch Sonntag. Deshalb mache ich jetzt hier den Vorschlag: Bitte treffen wir uns in der Fraktionssprechersitzung, weil wir unbedingt darüber beraten müssen, wie wir weiterarbeiten wollen. Ich habe also damit diesen formellen Antrag gestellt.

PRÄSIDENT: Solchen Ansuchen gibt man normalerweise statt. Also würde ich den Abg. Ianieri um ein bißchen Geduld bitten. Dafür kann er zum aktuellen Stand der

Dinge - ich sage das deswegen, weil er auf der Rednerliste ist -, kann er zum neuesten Stand der Dinge reden. Aber wenn Sie trotzdem reden möchte, dann können wir auch danach unterbrechen.

Bitte, Abg. Ianieri.

IANIERI: Signor Presidente, la richiesta avanzata dal cons. Atz è certamente legittima su questo non dico di no, però penso che sarebbe utile ascoltare anche il mio intervento prima della interruzione, non so se poi vi sono altri consiglieri già iscritti a parlare, ma ritengo che quelle poche cose che debbo dire, possano servire anche per la conferenza dei capigruppo successivamente.

Pertanto se il Consiglio non è contrario chiederei di intervenire prima dell'interruzione. Grazie.

PRÄSIDENT: Wie lang glauben Sie zu sprechen...

Bitte schön, Herr Abg. Ianieri.

IANIERI: Signor Presidente, signori assessori, signori consigliere e consiglieri; il presente disegno di legge, che dovrebbe correggere le anomalie della legge regionale 30.11.94, n. 3, già dichiarata vecchia e obsoleta da parte di molti, prego? Ho avuto dalla Presidenza il nullaosta ed ho detto che in dieci minuti termino ed ho chiesto al Consiglio se era d'accordo. Posso continuare?

Allora dicevo che il tentativo di correggere le anomalie della legge regionale 30.11.94, che è stata dichiarata peraltro vecchia ed obsoleta anche da parte della Giunta, malgrado sia una legge approvata da solo dieci mesi, questo disegno di legge non migliora, ma rischia a mio avviso di peggiorare la legge attuale, per le modifiche che si cerca di apportare alla stessa.

Innanzitutto occorre dire che in Commissione, contrariamente a quello che ha detto il cons. Atz, non è stata licenziata con i voti di un'ampia maggioranza, ma solo di quella della maggioranza politica che costituisce l'attuale Giunta. C'erano altri due disegni di legge in commissione e questi, presentati dalla minoranza, non sono stati ammessi alla discussione articolata, ma solo in una presentazione generale, senza trovare alcuna possibilità di esaminare i singoli articoli e non è stato cercato da parte della maggioranza un tentativo di unificare i disegni di legge per presentare poi in Consiglio un testo unico.

Questo vuol dire che in aula certamente i rappresentanti di quelle forze politiche, che hanno presentato questi disegni di legge e comunque i rappresentanti di opposizione, specialmente quelle minoranze della provincia di Bolzano, che vanno viste come minoranze linguistiche, etniche e partitiche, cercheranno in aula di far apportare al disegno di legge in discussione quelle modifiche, che sono ritenute utili e necessarie per il miglioramento della legge e per la salvaguardia in generale dei diritti di tutti. Pertanto si cercherà di ostacolare certamente i tentativi tesi a peggiorare o annullare quelle rappresentanze politiche, linguistiche ed etniche nei vari consigli comunali, perché questo vedo nel disegno di legge in discussione.

Queste forze politiche cercheranno, il sottoscritto compreso, di modificare le norme vessatorie, perché norme vessatorie sono contenute in questo disegno di legge, con propri emendamenti, è stato ricordato che ne sono stati presentati già un centinaio, molto probabilmente ne potranno essere presentati molti di più, non è detto che sia terminata la presentazione degli emendamenti al disegno di legge, si cercherà in ogni modo di dover far sì che non occorra più, a legge emanata, andare a cercare o a dare una interpretazione autentica a quelle norme che sono state chiaramente scritte e sono state interpretate nel verso giusto anche dal giudice naturale.

Non mi dilungo molto, ma un accenno al problema degli assessori, a quella interpretazione che si voleva dare al comma 5 dell'art. 7 è certamente necessario. Ebbene, per evitare che alla modifica della legge in corso si possa nuovamente avere dei dubbi, ho presentato un emendamento, sottoscritto da altri consiglieri, dove si cerca innanzitutto di riportare come in campo nazionale il numero dei mandati amministrativi degli assessori a due, anziché a tre, due per cinque anni sono già certamente superiori ai due di quattro anni degli altri assessori nei comuni del resto del territorio nazionale; sempre con questo emendamento si cerca di far sì che la data di decorrenza di inizio dei mandati sia certa e non debba essere più interpretata, pertanto ho chiesto che vengano riconosciuti anche i mandati antecedenti alla legge 13.11.1994.

Questo permetterebbe ad altri cittadini di poter accedere agli incarichi amministrativi, consentendo in questo modo quel ricambio che la legge nazionale ha voluto dare, anche per effetto dei referendum che ci sono stati in merito. Abbiamo tanti cittadini validi che a volte vedono preclusa la possibilità di poter accedere a questi incarichi amministrativi, una limitazione dei mandati certamente aprirebbe la possibilità a molti di poter aspirare ad avere questi incarichi.

Inoltre quello che mi interessa sottolineare è questo. Non credo, signor Presidente, che il disegno di legge in discussione sia una buona legge, non credo che potrà migliorare la legge in vigore, certamente così come è stata concepita, a mio avviso, la peggiorerà. Non credo che passerà pertanto, così come è stato emendato dalla commissione questo disegno di legge, non passerà certamente in questa tornata di lavori, a meno che i lavori, come avevo suggerito nella conferenza dei capigruppo, non venissero prolungati, ma non è sufficiente andarla a prolungare come tornata di lavori, certamente occorrerebbe un consenso molto più ampio a monte, con una discussione con le varie rappresentanze politiche presenti in questo consiglio, dove si tengono conto non solo le necessità come necessità, ma quelli che sono i diritti di tutti e le aspettative di tutti.

Pertanto sono perfettamente d'accordo con quanto diceva il Presidente, che non si deve rischiare nuovamente di licenziare una legge, che poi anche dalla stampa possa essere criticata, ma certamente se questo disegno di legge venisse licenziato da quest'aula, così come è stato disegnato e concepito, certamente troverebbe tante di quelle critiche e tanti di quegli aspetti negativi, sicuramente maggiori di quelli che ha avuto la legge che ora vogliamo modificare.

A mio avviso sarebbe opportuno non il prolungamento dei lavori, ma il ritiro di questa legge e riportarla nuovamente in Commissione congiunta, la prima e la

seconda commissione, ridiscuterla insieme agli altri disegni di legge che sono stati presentati, insieme a tutte le forze politiche che hanno presentato i loro disegni di legge, anche agli altri cercare di elaborare un unico testo che poi possa approdare a quest'aula per essere approvato.

Ci sono molti problemi che non si possono condividere, problemi che sono stati ricordati da tutti quelli che mi hanno preceduto, il problema della raccolta delle firme, il tentativo di ripristinare in alcuni casi la nomina del sindaco tramite i consigli comunali, anziché con il suffragio popolare, la nomina degli assessori non eletti dal popolo ed altre cose ancora.

Non mi voglio prolungare, andrei a ripetere quanto è già stato detto in quest'aula, anche per tenere fede alla promessa che ho fatto al Presidente, che in dieci minuti avrei terminato il mio intervento.

Voglio però fare presente una cosa molto importante, almeno per noi che viviamo nella provincia di Bolzano, la provincia di Bolzano pretende e difende a spada tratta la propria autonomia dal potere centrale, opponendosi a qualsiasi tentativo di soffocamento di detta autonomia, su questo sono perfettamente d'accordo con la provincia di Bolzano, l'autonomia va difesa e va difesa anche con il mio apporto e sono disponibile a dare tutto quello che posso dare per difendere questa autonomia, però la stessa autonomia che noi si pretende da Roma la dobbiamo riconoscere verso i comuni nell'ambito della provincia di Bolzano, dobbiamo riconoscerla facendo in modo tale che le minoranze possono avere dei loro rappresentanti in qualsiasi consesso, dalle commissioni, ai comuni, nelle comunità, ovunque sia possibile, perché solo questa sarebbe vera e reale democrazia.

Questo è in linea con quanto dichiarai nel momento in cui venni nominato consigliere regionale, con quello che dichiarai in quest'aula il giorno 4 luglio scorso.

Termino, signor Presidente, signori consiglieri, dicendo che le interpretazioni autentiche di leggi devono essere scritte per la generalità dei cittadini e non per pochi privilegiati, devono essere pertanto chiare, semplici, non vessatorie, non devono essere fatte per incollare a tempo indeterminato amministratori pubblici alle poltrone del potere.

Ho finito, sono stato puntuale con quello che ho detto, spero che gli emendamenti che ho presentato possano incontrare favore e adesione da parte dei consiglieri presenti in aula.

PRÄSIDENT: Danke schön, Herr Abg. Ianieri.

Wir unterbrechen jetzt die Sitzung. Nachdem es halb ein Uhr ist, sehen wir uns hier im Plenum um 15 Uhr wieder. Die Fraktionsvorsitzenden sind gleichzeitig zu einer Sitzung einberufen, die die Südtiroler Volkspartei beantragt hat. Um 15 Uhr sehen wir uns wieder. Der Regionalrat setzt um 15 Uhr die Arbeiten fort.

(ore 12.28)

(ore 15.15)

Vorsitzender: Vizepräsident Peterlini
Presidenza del Vicepresidente Peterlini

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Wir haben um 15.15 Uhr angefangen, weil die Fraktionsvorsitzenden über die Mittagszeit sehr lange gearbeitet haben.

Ich möchte jetzt mitteilen... Ist jetzt die Übersetzung...

Wir haben den Stundenplan bestätigt wie er ist. Also heute arbeiten wir bis 18 Uhr und dann werden wir mit den Arbeiten abschließen. Wir haben einen zusätzlichen Sitzungstermin eingeschoben, und zwar den 10. November. Das ist ein Freitag. Da war ursprünglich die Kommission vorgesehen. Am 10. November findet also Regionalrat statt, ebenso am 15. 16. und 17. Diese Notwendigkeit hat sich ergeben, um diese Gesetze abzuschließen und ein bißchen mehr Zeit zu haben auch für den Haushalt, der noch kommen muß. Inhaltlich sind keine Einigungen erfolgt, aber die Einladung an die politischen Gruppierungen bleibt aufrecht, sich möglichst in den paar offenen politischen Punkten zu einigen. Es wäre sehr wünschenswert seitens des Präsidiums, wenn man ein bißchen zusammenschauen würde. Ich glaube, es müßte möglich sein. Auch der Präsident des Ausschusses und die Mehrheitsvertreter haben dies signalisiert.

Und jetzt kommen wir zum Namensaufruf.

DENICOLO' (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Abg. Morandini... wo ist der Abg. Morandini? Ich bitte Sie, wenn Sie aufgerufen werden, persönlich zu antworten.

...Va bene, prendiamo atto...

Ich glaube, sie haben alle verstanden - ein zusätzlicher Sitzungstermin ist eingeschoben worden.

Wir setzen jetzt die Arbeiten fort, und zwar hat sich Abg. Leitner zu Wort gemeldet.

LEITNER: Danke, Herr Präsident.
Ich möchte vorausschicken...

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: ...C'era una protesta. Scusi. Entschuldigung Abg. Leitner...

LEITNER: ...Ist das geklärt? Ja?

Ich möchte vorausschicken, daß es innerhalb dieser Region Trentino-Südtirol sicherlich zwei verschiedene Realitäten gibt, wie auch Kollege Alessandrini ganz klar und richtigerweise gesagt hat. Deshalb ist ein einziges Wahlgesetz für dieses Gebiet auch sehr sehr schwierig. Wir haben im Gesetz, das wir vor zehn Monaten gemacht haben, ganz klar zwischen den beiden autonomen Provinzen unterschieden. Ich möchte nicht unbedingt das Unterstreichen was Kollege Alessandrini gesagt hat, daß die Trentiner fähiger sind, das neue Wahlsystem zu verstehen. Es stellt sich so die Frage nicht, weil... ..reifer... Ist schon klar. Aber es sind zwei ganz verschiedene Voraussetzungen, weil wir eben mit dem Verhältniswahlrecht im Sinne des Proporz wählen müssen. Deshalb widersetze ich mich auch allen Versuchen, die man hier an den Grundsätzen des Autonomiestatutes zu kratzen beginnt, sei es was das Reststimmenmandat anbelangt und andere Dinge mehr. Hier hat einfach Südtirol ganz eine andere Ausgangslage als es das Trentino eben hat. Wir haben ja hier eine Schweregeburt zusammengebracht. Alle erinnern sich an die vielen Kommissionssitzungstage in diesem Raum hier, und erst nach Auszug der Opposition ist das Gesetz mit all seinen Mängeln über die Bühne gegangen. Deshalb bin ich der Meinung, wenn man hier im Interesse der Bürger Verbesserungen anbringen will, dann soll man das überlegt tun und nicht im Hinblick jetzt auf einen schon angesetzten Termin, nämlich auf den 26. November. Denn was bei der Bevölkerung übrigbleibt, wäre dann der Umstand, daß man hier einfach einen Vizebürgermeister zu retten versucht und vielleicht noch einige Assessoren, die noch nicht ganz sicher sind, ob sie bleiben können. Ich möchte es einmal so formulieren.

Es gibt sicherliche Verbesserungen anzubringen und bei der Erstanwendung eines neuen Gesetzes ist es auch durchaus möglich, daß Dinge auftreten, die man von vornherein nicht als böse Absicht vernachlässigt hat, die sich aber als solche dann herausstellen. Was für die politische Minderheit, für die Opposition in Südtirol besonders wichtig ist, ist, daß man die Voraussetzungen dafür schafft, daß es nicht von vornherein für Oppositionsgruppen aber auch für Bürgerbewegungen, die sich manchmal ad hoc zu Gemeinderatswahlen bilden, unmöglich gemacht wird, zu kandidieren. Ich würde sagen, daß es einfach angebracht wäre, daß jene Parteien, die schon im Regionalrat vertreten sind, überhaupt von einer Unterschriftensammlung ausgeschlossen werden könnten und daß sich neue Gruppierungen mit einer bescheidenen Anzahl an gesammelten Unterschriften zur Wahl stellen könnten. Das wäre ein Beitrag im Interesse der Bürger. Wir möchten ja nicht, daß die Bürger von der Politik immer mehr Abschied nehmen, sondern daß sie sich wieder mehr beteiligen. Das kann man nur dann erreichen, wenn man auch gesetzlich die Voraussetzungen dafür schafft und diese Aufgabe hat sicherlich der Regionalrat zu übernehmen.

Die Einführung einer Prozentklausel bzw. des vollen Mandates lehne ich entschieden ab, weil sie minderheitenfeindlich ist. Wenn im Trentino das Mehrheitswahlrecht angewandt wird, dann ist das das gute Recht der Trentiner es so zu wollen. In Südtirol geht es halt einmal nicht und ich darf noch einmal hier erinnern, daß die Freiheitlichen von allem Anfang an schon beim Referendum gegen jede Form des Mehrheitswahlrechtes in Südtirol waren, weil es einfach minderheitenfeindlich ist. Das

Mehrheitswahlsystem kommt auch der Mehrheitspartei, der SVP, nicht zugute, wenn man die 4 Prozent Klausel anschaut. Da sind alle Südtiroler bestraft, nicht nur die kleinen Parteien, sondern hier gehen Stimmen verloren, die sonst geholt werden könnten.

Was man beim Gesetz noch ändern müßte, ist meiner Meinung nach für Südtirol die Abschaffung der 13.000 Einwohner-Marke. Ich bin der Meinung, daß man im Interesse der Einfachheit eines Gesetzes und im Interesse der Bürgernähe ein Wahlgesetz erstellen sollte, daß für alle in Südtirol gleich ist. Ich sehe nicht ein, warum man vier Gemeinden heraushebt, weil man dort den Vizebürgermeister der anderen Sprachgruppe vorbehalten möchte. Damit löst man die Problematik des Zusammenlebens sicherlich nicht, weil ich möchte schon auf die Praxis verweisen. In Brixen gibt es seit vielen Jahren einen italienischen Vizebürgermeister und dies obwohl es kein Gesetz dafür gegeben hat, sondern weil die Brixner der Meinung sind, es ist besser, daß die zweitstärkste Volksgruppe mit dem Vizebürgermeister vertreten ist. Und sie tun gut daran, aber deswegen braucht man kein Gesetz zu ändern. Ich habe schon bei der Verabschiedung des ursprünglichen Gesetzes gesagt: In Südtirol bräuchte man im Grunde genommen nur die Direktwahl des Bürgermeisters einzuführen, den Rest könnte man belassen. In Südtirol hat es keinen Sinn, das ursprüngliche Gesetz zu ändern. Die Direktwahl des Bürgermeisters ja, der Rest hätte ohne weiteres bleiben können, wie er war. Es gab in Südtirol keine unregierbaren Gemeinden. Im Sinne des Proporz und des Autonomiestatutes kann man das Mehrheitswahlrecht nicht anwenden, deshalb ist das vergeudete Zeit. Und was man diesem Regionalrat alles mitmachen muß, damit man einen Satz weiterkommt, das ist schon erbärmlich. Ich meine, das nach außen hin zu erklären ist schwer. Wenn sie mich zu Hause fragen, was habt ihr heute in Trient getan, dann getraue ich es mich fast gar nicht zu sagen. Mittlerweile hat man das Fernsehen abgestellt und die Leute bekommen zu Hause nicht mehr mit, was wir hier tun. Das ist ein Trauerspiel, meine Damen und Herren.

Hier muß man sicherlich etwas tun und ich habe von allem Anfang an die Meinung vertreten, daß dieser Regionalrat überflüssig ist, höchst überflüssig ist und ich komme immer wieder darauf zurück. Wenn man für die beiden Provinzen ein eigenes Gesetz gemacht hätte, dann wären wir sicherlich weiter und dem Zwischenruf meines Kollegen Alessandrini möchte ich antworten. Diese beiden Provinzen und das Bundesland Tirol können sich dann zur Europaregion Tirol zusammenschließen, und zwar aus freien Stückchen. Dann ist es ehrlich und es darf nicht von oben verordnet werden. Wir machen uns hier manchmal etwas vor und diese ganze Diskussion um die Europaregion Tirol ist auch nicht immer im Sinne der Bürger. Die Region als solche schon, aber da muß man sie mit Inhalten füllen, da muß man sie meiner Meinung nach auch institutionalisieren, wo es sicherlich große Widerstände gibt.

Wir müssen bei diesem Gesetz auch das neue Urteil des europäischen Gerichtshofes berücksichtigen, aber auch der italienische Verfassungsgerichtshof hat die Frauenquote bzw. die geschlechtsspezifische Quote abgeschafft. Und ich darf auch hier erinnern, daß ich einer der wenigen war, die bei der Einführung dieses Artikels dagegen waren. Nicht weil ich nicht will, daß mehr Frauen in die Politik gehen, sondern weil ich

der Meinung bin, daß man dieses Ziel mit einer Quote nicht erreichen kann. Ich bin für die Gleichheit unter allen Umständen.

Aus all diesen Gründen meine ich, daß wir hier nicht etwas überstürzt beschließen sollen. Es gibt so viele Abänderungsanträge. Es gibt zwei verschiedene Realitäten und um diese in ein wirklich organisches Gesetz zu kleiden, das dann auch hält, sollte man sich die nötige Zeit dazu lassen. Auf den 26. November kommen wir eh nicht mehr hin, deshalb bitte hier, nichts zu überstürzen und ein paar grundsätzliche Dinge, was eben Südtirol anbelangt, noch einmal zu überdenken, und zwar: die Aufrechterhaltung des Reststimmenmandates, die Abschaffung der Marke von 13.000 Personen, also die Unterteilungen in verschiedene Gemeinden. Man soll alle gleich behandeln, daß alle mit zwei Stimmzettel wählen können. Das kommt dem Proporzgrundsatz der Verhältnismäßigkeit viel viel näher und wie gesagt, das alte System hat in Südtirol regierbare Gemeinden garantiert. Deshalb sollte man nicht Dinge, die gut funktionieren, abändern, sondern Dinge, die man abändern muß, so wie die Direktwahl des Bürgermeisters, einführen und den Rest wäre besser zu belassen wie es vorher war.

Assume la Presidenza il Presidente Tretter **Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Delladio, ne ha la facoltà.

DELLADIO: Grazie signor Presidente. Egregi colleghi, devo dire che in questo momento sono abbastanza contento, perché alcune argomentazioni che avevo sostenuto in aula tempo addietro sono state accolte, anche a seguito degli eventi che si sono verificati in questo scarso anno di applicazione della legge, direi meglio tardi che mai.

L'altra volta avevo evidenziato la governabilità, la necessità di dare governabilità ai nostri comuni del Trentino, l'abbiamo ottenuta parzialmente e dopo vedremo la soglia di applicabilità dove si garantirà la governabilità nei comuni del Trentino, non è risolta pertanto totalmente.

L'altra volta, quando avevamo affrontato il primo disegno di legge, ero stato l'unico a presentare un emendamento che abrogava il voto disgiunto, in quell'occasione ero una voce nel deserto, come tanti altri consiglieri, avevamo di fronte una maggioranza che non sentiva ragione, vorrei dire che in questa occasione non cerco meriti o gloria, ma ritengo sia giusto dare a Cesare quello che è di Cesare e a Delladio quello che è di Delladio.

I fatti poi hanno dimostrato che avevo ragione a quel tempo ad evidenziare quelle considerazioni, perché abbiamo dei comuni, vedi Rovereto, Levico e Cles, dove abbiamo creato un sindaco di minoranza e abbiamo obbligato lo stesso...

PRESIDENTE: Vi prego di fare silenzio, se avete qualcosa da dirvi siete pregati di uscire dall'aula!

DELLADIO: Dicevo che a suo tempo, nel novembre del 1994 avevo ragione, perché abbiamo avuto dei comuni, ad esempio Rovereto, Levico, Cles, con una maggioranza molto discutibile, così abbiamo creato dei sindaci di minoranza e li abbiamo obbligati alle dimissioni ed abbiamo imposto un commissario straordinario.

Andrò ad analizzare la proposta del disegno di legge emendato dalla commissione legislativa e invito anche l'assessore Giovanazzi a prendere nota di alcuni appunti che evidenzierò in quest'aula. Uno ad esempio l'ho già evidenziato ai collaboratori dell'ufficio enti locali, in modo da proporre e predisporre l'emendamento opportuno.

Passo subito ad analizzare l'art. 1 emendato dalla commissione legislativa. L'introduzione del comma 1 all'art. 1 prevede che in provincia di Trento tutti gli assessori possano essere esterni, anche il vicesindaco, mi riferisco ad una sentenza del TAR della Lombardia, che fa riferimento ad una delibera del CORECO del Lazio, nella quale è stato evidenziato che l'assessore esterno non può presiedere l'assemblea in mancanza del sindaco, pertanto è stata annullata la norma, prevista nello statuto del comune di Milano, nella quale si prevedeva quanto ho detto.

Se noi andiamo a vedere la sentenza del TAR della Lombardia, della seconda sezione di Milano ed andiamo a leggere alcuni passi, troviamo conferma di quanto affermo, nella sentenza si legge: "Il comitato ha ritenuto che l'assessore esterno non potesse, in assenza del sindaco, presiedere il consiglio comunale" - continua poi la sentenza - "e in effetti tra le funzioni sindacali le uniche che postulano lo status di consigliere sono proprio quelle che attengono al suo ruolo di Presidente dell'organo consiliare. Sarebbe difficilmente giustificabile che un organo collegiale possa essere presieduto da un soggetto che non ne fa parte e la cui partecipazione alle sedute non comporta l'esercizio delle facoltà attribuite ai membri del collegio, terzo comma dello statuto dell'art. 35. La decisione di annullamento va quindi confermata limitatamente alla parte in cui la norma consente che l'assessore esterno, in sostituzione del sindaco, possa presiedere il consiglio comunale."

Pertanto, se noi andiamo ad analizzare e se applichiamo la norma all'estremo, possiamo ottenere questi problemi, pertanto ritengo che almeno un consigliere deve essere pescato all'interno del consiglio comunale, in modo da garantire la carica come vicesindaco all'interno dell'esecutivo. Questo è il primo punto che ho voluto evidenziare.

Il secondo punto è relativo all'art. 3, dove nel comma si fa riferimento alla lettera c/bis e al comma 2 dove si fa riferimento alla lettera d), ritengo che bisogna esplicitare meglio cosa si vuole intendere, cioè non il significato della parola fideiussore, ma a chi è riferito.

Altro argomento che voglio porre all'attenzione di quest'aula è riferito all'art. 5, dove è stata cancellata la parola improrogabili, che rimane - e questa è la rilevazione che ho segnalato agli uffici competenti - in un altro articolo di legge e precisamente l'art. 12, comma 3 del testo unico sull'ordinamento dei comuni, approvato con decreto del Presidente della Giunta regionale il 27 febbraio 1995 4/L. Ho già visto

che gli uffici hanno predisposto l'emendamento, pertanto questo lo voteremo sicuramente per chiarezza interpretativa da parte dei nostri amministratori.

Altro argomento è quello sollevato all'art. 8 sul sistema elettorale, per quanto riguarda la provincia di Bolzano, in questo caso noi vediamo rientrare dalla finestra quello che era stato cacciato dalla porta in novembre del 1994, ossia l'istituzione del quoziente naturale per avere rappresentatività in consiglio comunale in provincia di Bolzano, per le liste. Questo secondo me non è tollerabile, perché le minoranze, in special modo in provincia di Bolzano, hanno diritto ad essere rappresentate negli organi collegiali.

Vediamo che è stato eliminato il voto disgiunto, pertanto è un recepimento delle osservazioni che avevo fatto a suo tempo, anche con emendamento nel novembre del 1994; successivamente vediamo l'abrogazione della soglia del 40% per avere il premio di maggioranza, anche in questo caso in questa legge è stato abrogato, pertanto è una soluzione molto valida.

Passando all'art. 28 troviamo la sostituzione della cifra-soglia sotto la quale vige il sistema elettorale maggioritario in provincia di Trento, portato da 3 mila a 10 mila, su questo articolo specifico ho presentato un emendamento, in modo da trasformare la cifra 3 mila iniziale a 100 mila, proprio per raggiungere un sistema maggioritario per quasi tutta la provincia di Trento, ad esclusione del capoluogo, altrimenti se includevamo anche il capoluogo di Trento andava a cadere metà legge elettorale.

Mi riservo dopo a spiegare meglio l'emendamento in questione, voglio solo ricordare che l'83% dei sindaci aveva espresso, tramite i propri rappresentanti dell'ANCI e dell'UNCEM la volontà di ottenere un sistema maggioritario senza soglie per tutto il Trentino.

Interessante l'argomento donne o uomini o sesso, come vogliamo chiamarlo, la quota proporzionale che era stata imposta a livello nazionale per la compilazione delle liste, avevo espresso proprio nell'altro consesso della prima legge sull'elezione diretta dei sindaci, che ero contrario all'assegnazione di qualsiasi tipo di quota, perché un individuo si candida in base ad una proposta politica, le donne o di converso gli uomini sono un gruppo sociale come i bambini, gli anziani e non un gruppo politico. Secondo me non bisogna, come è stato riconosciuto successivamente, alterare il meccanismo della rappresentanza, che funziona sulla base di proposte politiche, introducendo elementi extrapolitici. Secondo me bisogna rimuovere a monte le cause, gli ostacoli che frenano l'ingresso delle donne nella vita politica o economica e a tal riguardo voglio ricordare la sentenza della corte costituzionale, che ha di fatto cancellato i commi che imponevano la rappresentatività obbligatoria nelle liste di un sesso o l'altro sesso e voglio leggere alcuni passi relativi alla sentenza n. 422 dell'anno 1995.

"Posto dunque che l'art. 3 primo comma e soprattutto l'art. 51 - si fa riferimento della costituzione - garantiscono l'assoluta uguaglianza fra i due sessi nella possibilità di accedere alle cariche pubbliche elettive, nel senso che l'appartenenza all'uno o all'altro sesso non può mai essere assunta come requisito di eleggibilità, ne consegue che altrettanto deva affermarsi per quanto riguarda la candidabilità".

Un altro passo importante: "Ogni differenziazione in ragione del sesso non può che risultare oggettivamente discriminatoria, diminuendo per taluni cittadini il contenuto concreto di un diritto fondamentale in favore di altri appartenenti ad un gruppo che si ritiene svantaggiato."

Ritengo che la sentenza della corte costituzionale debba essere trasformata in un emendamento alla legge, in maniera chiara, per abrogare tutti i commi relativi alla quota di presenza delle donne o degli uomini all'interno delle liste, ossia inserire un articolo che di fatto abolisca i commi che prevedono la quota garantita per un sesso.

Alcune osservazioni ulteriori, che mi sono pervenute da persone che hanno operato ai seggi. Per quanto riguarda l'ammissione al voto, per le operazioni preliminari, l'art. 62 del Testo Unico delle leggi regionali sulla composizione ed elezione degli organi delle amministrazioni comunali, prevede che le schede siano timbrate alle ore 6 del giorno fissato per la votazione, ciò ritarda l'inizio delle operazioni di voto, si propone che tale adempimento venga anticipato al giorno precedente o almeno ad ore più recenti.

Altre osservazioni che si possono fare, in modo da predisporre gli emendamenti relativi, è che l'articolo 73, sempre relativo del testo unico dei comuni, prevede la vidimazione delle liste elettorali di sezione da parte del presidente e di due scrutatori. Tale adempimento comporta notevole perdita di tempo, per cui si propone che basti la vidimazione da parte del solo presidente o segretario. Eguale discorso vale per le vidimazioni di ogni singolo foglio dei verbali delle operazioni. Per quanto riguarda le operazioni di scrutinio, il termine per la conclusione di tali operazioni, previsto dall'art. 85 sempre del testo unico dei comuni, è previsto per le ore 12.00, però si è rivelato irrealistico e va spostato sicuramente alle ore 15.00. Inoltre l'art. 78 prevede l'obbligo di numerare progressivamente le schede spogliate per ciascuno dei loro diversi gruppi, tale incombenza comporta notevole dispendio di tempo e rallenta sensibilmente le operazioni, si chiede - e queste sono richieste che vengono da operatori ai seggi - che vengano eliminate.

Altre osservazioni importanti da tener conto, eventualmente da interpretare con degli emendamenti o con modifiche ai regolamenti, le tabelle di scrutinio non recano la descrizione dei contrassegni di lista ed i nominativi dei singoli candidati, ciò obbliga l'ufficio di sezione a trascrivere tali dati sulle tabelle in duplice copia, con enorme dispendio di tempo, anche perché i simboli sono molto complessi alle volte. Si propone che quindi sulle tabelle vengano prestampati i simboli ed i nominativi dei candidati.

L'art. 74 inoltre prevede che le schede nulle siano vidimate da almeno due componenti l'ufficio, mentre l'art. 76 prescrive che tali schede siano vidimate dal presidente e da almeno due scrutatori, bisognerebbe eliminare almeno la contraddizione.

Come ultimo, relativamente a controlli successivi, sarebbe opportuno introdurre una norma, ma vedo che l'assessore manca, speriamo che gli uffici competenti molti ligi, recepiscono i messaggi che ho dato, sarebbe opportuno introdurre una norma che preveda un successivo controllo d'ufficio, da effettuarsi prima della

proclamazione degli eletti, di tutte le schede scrutinate nelle sezioni, in cui il numero dei voti annullati superi una certa fisiologica percentuale dei votanti.

Ultima considerazione è questa, che la presentazione di questa legge, da parte dell'attuale maggioranza regionale, secondo me è una sconfitta per questa maggioranza e anche un piccolo riconoscimento per il sottoscritto, perché posso tranquillamente dire: ve lo avevo detto. Grazie.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire in discussione generale? La parola al cons. Willeit.

WILLEIT: Seguendo l'esempio di vari colleghi che mi hanno preceduto, anch'io vorrei fare qualche osservazione preliminare, di ordine più procedurale che non sostanziale.

In senso veramente specifico vorrei tornare ancora una volta sul modo di trattare queste proposte di legge, non mi ha infatti personalmente convinto la discussione congiunta, non essendo io uno di quelli che sa tutto e ricorda tutto, ho sfogliato ieri il regolamento seduta stante ed ho rinvenuto una norma, che voi tutti conoscete bene, riguardante la discussione congiunta. Questa norma di carattere generale riguarda soltanto le interrogazioni, le interpellanze, le mozioni, i voti, cioè non parla delle proposte di legge, ne deduco io che di conseguenza le proposte di legge vanno trattate in ordine della loro presentazione. Sarà prassi più che consolidata, immagino, che le leggi vengono congiunte, ma mi chiedo se non sia necessario deliberare in merito per quanto riguarda la procedura... non si sente?

(interruzione)

WILLEIT: Funziona? Dicevo, viene a mancare alla legge quel carattere di generalità e di astrattezza che la qualifica come tale, senza questo carattere la legge diventa regolamento ed il Consiglio che vara la legge diventa organo amministrativo, il tutto comporta indubbiamente un indebolimento del potere e della fonte legislativa.

Fatte queste osservazioni preliminari, anch'io vorrei ancora una volta ribadire che la legge non contiene solo aggiustamenti, al contrario contiene modifiche sostanziali, la più lampante, evidente si cambia il sistema elettorale intero in vari comuni del Trentino, passando dal proporzionale al maggioritario, si prevedono anche per la provincia di Bolzano modifiche sostanziali riguardanti l'elezione del sindaco, riguardanti la distribuzione dei seggi e riguardanti fra l'altro anche le cause di incompatibilità, laddove l'innalzamento della soglia di 100 milioni di opere eseguite a favore del comune viene innalzata addirittura a 500 milioni, altro che aggiustamenti tecnici!

Invece è vero che mancano vari aggiustamenti, che le elezioni avvenute ci avrebbero consigliato, in primo luogo una forte semplificazione della procedura con l'eliminazione assoluta della doppia presentazione delle liste, ripeto appositamente doppia presentazione della lista, perché fra deposito e presentazione è molto difficile distinguere. Anch'io proporrei la riduzione ancora una volta delle sottoscrizioni,

l'ampliamento del termine per la raccolta e non ha fatto l'esclusione dei candidati dai sottoscrittori, non ha fatto, che considero assolutamente destituito di fondamento; bisogna semplificare i mandati, le deleghe, anche il deposito dei programmi, forse le operazioni elettorali non sono avvenute ovunque in modo uguale, ma ricordo che a Bolzano, nei comuni sopra i 13 mila abitanti viene chiesto alle singole liste non solo il programma proprio, ma anche il programma del sindaco.

Gli stessi accertamenti della commissione elettorale abbisognano di un chiarimento e di una semplificazione, commissione che non deve chiedere documenti, che le liste non hanno da presentare, ma che altri hanno da presentare, quali il contrassegno depositato con l'accertamento della data di deposito e con ciò sono già entrato nel merito della proposta di legge, le cui finalità, cioè la governabilità dei comuni ed i miglioramenti tecnici della procedura elettorale non credo siano garantiti da questo nuovo progetto.

Ritengo che questo progetto contenga elementi chiaramente peggiorativi, primi fra i quali la ridiscussione della attribuzione dei seggi, con l'introduzione del mandato pieno, come è già stato più volte sollevato. Anch'io sono del parere che questa limitazione vada contro il sistema proporzionale e violi il principio di tutela delle minoranze, soprattutto per quanto riguarda le minoranze linguistiche. Peggiorativo ritengo altresì la possibilità di presentare liste di appoggio, di disturbo o non disturbo, senza candidati alla carica di sindaco nei comuni fino a 13 mila abitanti della provincia di Bolzano. Accettabile mi pare sia la riserva di un posto al candidato sindaco non eletto.

All'ultimo momento, cioè nel periodo fra la trattazione del progetto in commissione e la trattazione in quest'aula, sembra sia intervenuta una correzione, in forma di emendamento presentato dalla Giunta, relativo ad una garanzia generale, già contenuta nella legge sull'ordinamento dei comuni e contenuta nella legge che si sta per modificare, ma una garanzia di rappresentanza delle minoranze in tutti gli organismi degli enti locali, mi riferisco all'attuale art. 40, sembra venga di nuovo mantenuta questa garanzia che si voleva cancellare.

Non affatto accettabili sono norme tendenti a garantire determinate posizioni a determinate persone, in determinati enti, quale il consorzio per l'azienda elettrica del comune di Bolzano. Lo sdoppiamento della direzione tecnica ed amministrativa riservata a questa o a quella persona, appartenente l'uno al gruppo linguistico italiano e l'altro al gruppo linguistico tedesco. E' una norma chiaramente discriminatrice delle minoranze.

Detto questo, direi che non ogni male viene per nuocere, la Giunta ripropone punti essenziali di una legge che dieci mesi fa non sono stati accolti dal Consiglio. Ripropongo in questa occasione, sulla stessa falsa riga, le proposte che già allora ebbi a proporre, a garanzia particolare della minoranza linguistica ladina, solo che non lo faccio senza elementi nuovi, forse gli illustri consiglieri sanno che io, come avevo preannunciato, ho impugnato la legge n. 3 del 1994 davanti alla Corte costituzionale, per difetto di tutela della minoranza ladina, l'esito abbastanza celere, la sentenza è uscita già in giugno, dopo soli sei mesi, l'esito non lo considero affatto

soddisfacente, ma assai utile, in quanto non ho avuto ragione, non ho avuto riconoscimento relativo alle garanzie di elezione, di vedere eletto un ladino in determinati consigli.

Evidentemente si è data la precedenza al principio di parità e di libertà di voto, la precedenza al principio di tutela della minoranza, si è data la precedenza perché si è detto occorre all'uopo una garanzia statutaria, non basta la garanzia di legge, occorre una modifica dello statuto di autonomia, per introdurla, ma questa stessa sentenza, a mio avviso, ha sancito altre cose assai importanti, fra cui ha dato un notevole contributo all'interpretazione delle norme statutarie sulla tutela dei gruppi, sulla partecipazione dei gruppi linguistici agli organismi di amministrazione comunale, ha chiarito anche qual è il rapporto per me molto importante, fra una norma essenziale, qual è l'art. 61 dello statuto, che garantisce la suddivisione proporzionale e il diritto di rappresentanza in Giunta, qualora risiedono due appartenenti ad un gruppo linguistico nel consiglio e il valore assolutamente disgiunto dal primo articolo dell'art. 62, che comporta una garanzia speciale, ulteriore per la minoranza ladina. Cosa che io interpreto chiaramente nel senso che al ladino spetta anche la ragione di entrare in giunta con un solo consigliere e non con due, ciò che vale per tutti e tre i gruppi linguistici.

Questa sentenza ha detto chiaramente che tutti gli altri organismi, organi collegiali del comune vanno garantiti nella rappresentanza, proprio in base al citato art. 62 dello statuto di autonomia, inoltre si è anche espressa sulla eleggibilità del candidato sindaco ladino in qualsiasi comune, al di fuori ed in deroga alla proporzionale, applicando lo stesso principio deve essere possibile anche chiamare dall'esterno un ladino in deroga alla proporzionale di questo organismo, cioè nella giunta.

Ecco che arrivo al dunque: in base a questi elementi nuovi e per le ragioni di tutela di partecipazione della minoranza, riproporrò nella forma di emendamenti il diritto di accedere alla Giunta a favore degli appartenenti al gruppo linguistico ladino, nella provincia di Bolzano, anche laddove vi sia un solo consigliere ladino.

Propongo, se la Giunta non ha già provveduto, la conservazione dell'art. 62 dell'ordinamento dei comuni, qui previsto dall'art. 40 di questo progetto, la conservazione delle norme di garanzia per la partecipazione proporzionale agli enti del governo locale, garantita comunque l'accessibilità ai ladini.

Sarò assolutamente contrario ad ogni forma di sbarramento per l'attribuzione dei resti, considerando questa limitazione indubbiamente lesiva del diritto delle minoranze. Dal mio punto di vista, per quanto concerne il resto della legge, non sollevo per il momento obiezioni particolari, adeguerò comunque il mio comportamento all'accettazione o meno degli emendamenti.

Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz
Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Holzmann. Bitte schön.

HOLZMANN: Grazie, signor Presidente. Già in occasione della precedente legge elettorale, il nostro gruppo ha avanzato alcune riserve e perplessità, sarà per il fatto che le leggi elettorali hanno sempre questo sospetto di peccato originale, perché si presume sempre che vadano a favore delle forze politiche di governo e assai meno alle forze politiche di minoranza, in realtà ci ricordiamo che nella scorsa legislatura la Giunta regionale aveva predisposto una bozza per la riforma del sistema elettorale del Consiglio regionale, che in maniera molto chiara procurava dei vantaggi notevoli per le forze di governo. Si è passati poi a quella dei comuni, che è passata senza troppi incidenti, ma per la quale avevamo posto alcune riserve, una di queste riguardava la cosiddetta quota di riserva per i sessi ed era una norma che il sottoscritto ha ritenuto offensiva, proprio per le stesse donne che invece avrebbe voluto tutelare.

Il fatto di prevedere in una legge una riserva obbligatoria di posti, sulla base dei sessi, secondo noi non rendeva giustizia a quelle donne che invece in politica si vogliono impegnare sul serio. Ci ha pensato la consulta a darci ragione ed a costringere la Giunta regionale a recedere da questo tipo di impostazione.

Vi sono state altre obiezioni l'anno scorso, quando è stata predisposta questa legge, da parte nostra, che riguardavano il numero di firme occorrenti per la presentazione delle liste. In provincia di Bolzano esiste un problema notevole nei piccoli comuni, soprattutto per le liste che si rivolgono all'elettorato di lingua italiana. Nel comune di Caldaro, ad esempio, a fronte di una popolazione di lingua italiana residente, di circa 220 unità, il quantitativo di firme che si doveva raccogliere era di 120, quindi significa oltre il 50% della popolazione, sarebbe come dire che a Trento si dovrebbero raccogliere 40 firme per presentare una lista elettorale.

Naturalmente questo rende impossibile la competizione di più liste e quindi limita fortemente la possibilità di scelta da parte dell'elettore. Ecco quindi che sarebbe opportuno in questa legge di modifica, prevedere una riduzione del numero delle firme necessarie ai sottoscrittori per la presentazione di una lista di candidati, in questo senso il nostro gruppo ha presentato, analogamente ad altri gruppi, degli emendamenti in tal senso.

Per quanto riguarda lo sbarramento, anche qui abbiamo alcune riserve, per quanto riguarda i comuni della provincia di Bolzano, per le stesse ragioni. Nei comuni più piccoli la popolazione di lingua italiana è numericamente molto ridotta, penso ad esempio ad alcuni comuni dell'Alta val Pusteria, e perderebbe di fatto la possibilità di essere rappresentata all'interno del consiglio comunale. Ecco che a nostro avviso va riservata una particolare attenzione a queste situazioni, che sono reali e concrete.

Un'altra questione che intenderei sollevare è quella dell'azienda elettrica. Si tratta di un vecchio problema, che viene veicolato attraverso questa legge, un vecchio problema del quale ci siano già occupati a lungo, quando è stato posto all'attenzione del Consiglio regionale. Ricordo le parole del cons. Ferretti, all'epoca, che nel prendere la parola sull'articolo che sostanzialmente rimetteva in discussione il calcolo della proporzionale nell'azienda elettrica rivendicò entusiasticamente la sua paternità a quel

disegno di legge, non avvedendosi invece che ai danni del gruppo linguistico italiano sarebbero venuti meno circa una trentina di posti di lavoro. Successivamente si ritornò sui propri passi, ma ormai il guasto era stato provocato.

Per quanto riguarda l'azienda elettrica e il calcolo della proporzionale, venne presentato dal nostro gruppo, insieme allo scomparso collega Magnabosco, un ricorso al tribunale amministrativo regionale, che accolse in pieno le nostre tesi in materia di proporzionale. Ho qui la sentenza, che vorrei leggere solo un passo del dispositivo, perché è molto chiaro: "dispone infatti l'art. 62 che la riserva per gruppi linguistici, in rapporto alla loro consistenza accertata nel censimento, deve essere effettuata con riferimento all'ambito territoriale, rispettivamente del singolo comune per i comuni, del comune dei comuni proprietari per le aziende, dell'insieme dei singoli comuni per i consorzi costituiti da comuni".

Pertanto la convenzionale pariteticità dei consiglieri dei comuni di Bolzano e Merano, non trova alcun fondamento nell'art. 62, su riportato, posto che questo prende in considerazione la popolazione esistente nel territorio dei comuni proprietari dell'azienda, senza alcun riferimento alle quote di proprietà dei singoli comuni proprietari. Del resto sarebbe irragionevole l'assegnazione dei posti, anche secondo un criterio legato alla proprietà, quando il fondamentale principio della proporzionale è sancito e deve essere attuato a garanzia dell'uguaglianza dei diritti dei cittadini, senza alcuna distinzione di gruppo linguistico, così la decisione del TAR di Bolzano.

C'è un altro punto, sul quale vorrei soffermarmi e per il quale ci siamo occupati parecchio nei mesi scorsi, che riguarda l'ineleggibilità di due assessori comunali della provincia di Bolzano e sono appunto i casi Mayr e Stablum. Ora, all'indomani delle elezioni comunali, si è scoperto che alcuni assessori avevano già svolto più di tre mandati in precedenza e quindi da parte del gruppo di Alleanza Nazionale ci si pose il problema se questa situazione era da considerarsi compatibile con lo spirito e soprattutto con il contenuto della nuova legge regionale e quindi vennero promossi, anche sulla base di univoci pareri legali ottenuti nel frattempo, i necessari ricorsi accolti puntualmente dai tribunali ai quali ci siamo rivolti.

Al riguardo, sentenza alla mano, vorrei fare alcune considerazioni. L'art. 2 della legge statale 23 marzo 1993, n. 81, sull'elezione diretta del sindaco, prevede l'ineleggibilità per chi ha ricoperto due mandati consecutivi e quindi la impossibilità di essere rieletto immediatamente. La disposizione si applica anche ai mandati amministrativi, successivamente alle elezioni effettuate dopo la data di entrata in vigore della presente legge. L'art. 6, terzo e quarto comma del testo unico invece delle leggi regionali del Trentino-Alto Adige, ricalca la norma statale per il sindaco, con l'unica differenza che l'impedimento scatta solo dopo il terzo mandato consecutivo, che oltretutto è di cinque anni, anziché di quattro.

Il successivo art. 8, quinto comma, prevede che colui che ha ricoperto la carica di assessore per tre mandati consecutivi non può essere immediatamente rieletto o nominato alla carica medesima, nulla viene detto circa il momento da cui l'impedimento inizia ad avere efficacia. Quindi per venire al caso concreto, nel comune di Bressanone è

accaduto che nell'elezione del giugno è stato eletto nel consiglio comunale Stablum, il quale è stato poi nominato assessore; contro questa nomina abbiamo proposto ricorso, secondo la procedura prevista dalla legge, in quanto Stablum aveva già ricoperto la carica di assessore per quattro volte, precisamente dal 1974 al 1995, aggiungendo anzi negli ultimi due mandati anche la carica di vicesindaco.

Si deve quindi stabilire se l'art. 8 si dovesse applicare immediatamente, quindi rendendo Stablum non ulteriormente nominabile alla carica di assessore, oppure se non si dovesse applicare per analogia la disposizione posta per il sindaco, secondo la quale la causa di incompatibilità sorgeva solo dopo che l'interessato fosse stato nominato assessore per tre mandati consecutivi, a partire quindi dall'elezione del 1995.

Il parere espresso dagli uffici regionali, secondo cui anche in mancanza di un'espressa previsione la norma dovrebbe essere comunque interpretata nel senso dell'insussistenza, dell'incompatibilità in forza del principio di retroattività, non era fondata. In base al principio di retroattività la legge non può essere interpretata nel senso che essa incida su situazioni pregresse, ad esempio non si potrebbe dichiarare che era nulla la nomina di assessore dello Stablum al suo quarto mandato di assessore fino al maggio 1995, ma è di tutta evidenza che quando la legge stabilisce che occorrono determinati requisiti per l'esercizio di un diritto, regola non situazioni passate, ma future. Il fatto che chi in passato godeva di certi vantaggi ora li perda, non viola certo il principi di retroattività.

La legge stabilisce i requisiti per essere eletti o nominati a certe cariche pubbliche, dopo la sua entrata in vigore, poco importa quando il requisito si è realizzato. Ciò è tanto vero che nella legge statale, la 81 del 1993 e la legge regionale in esame hanno dovuto espressamente introdurre la norma eccezionale, secondo cui l'ineleggibilità alla carica di sindaco si realizzava solo dopo il secondo, o rispettivamente terzo, futuro mandato. Se questa fosse stata la logica e naturale interpretazione, secondo il principio di retroattività, il legislatore non avrebbe avuto bisogno di scrivere quanto ha scritto. Si tratta quindi di una norma eccezionale, chiaramente voluta dal legislatore, che come tale non può essere estesa per analogia ad altre situazioni. Quindi stando alla lettera della legge, è indubbio che solo per il sindaco è previsto che il nuovo limite dell'eleggibilità scatti dopo tre mandati consecutivi, mentre per l'assessore vale il principio generale, per cui si computano anche i mandati anteriori.

Quindi questa è la situazione che si è verificata e per la quale il tribunale si è espresso accogliendo totalmente il ricorso da noi presentato.

Qual è la spiegazione? Sta nella regola fondamentale di ogni costituzione democratica, che la maggioranza dell'elettore ha diritto di scegliere il rappresentante che preferisce, però il legislatore è senz'altro legittimato a stabilire dei requisiti e quindi come stabilisce delle incompatibilità per accedere a delle cariche pubbliche, ad esempio per i ministri di culto, per i pregiudicati, per i magistrati ecc., può imporre dei requisiti anche agli altri cittadini. Quindi anche da questo punto di vista il sospetto di incostituzionalità della legge regionale è destituito di ogni fondamento e come tale quindi è stato respinto dai tribunali.

Dopo due sentenze del tribunale di Bolzano e una sentenza della corte d'appello per quanto riguarda il caso Stablum, siamo in attesa della seconda sentenza della Corte d'appello per il caso Mayr, la Giunta regionale si appresta ad introdurre due emendamenti, dove in sostanza vorrebbe aggirare l'interpretazione giudiziale e soprattutto gli effetti di due sentenze a carico dei rispettivi assessori, consentendo attraverso il nuovo istituto della chiamata dall'esterno del 100% degli assessori e chiarendo che i mandati devono considerarsi d'ora in avanti, vorrebbe consentire sia a Stablum, che a Mayr di rientrare dalla finestra nella stessa casa dalla quale sono usciti dalla porta in forza di sentenze.

Certo il nostro gruppo non accetterà una simile impostazione, che trascina il Consiglio regionale intero in una questione che riguarda solamente due persone, perché anche in questo senso va fatta chiarezza, i termini di impugnazione sono scaduti abbondantemente per tutti gli assessori, quindi quando qualcuno ha sostenuto che queste sentenze avrebbero provocato grossi problemi in tutti i comuni, perché erano 130-140, a seconda delle varie interpretazioni, gli amministratori che sarebbero incorsi in questa causa di incompatibilità, non corrisponde al vero.

Quindi il Consiglio regionale viene trascinato letteralmente dalla volontà della maggioranza ad approvare due emendamenti, che sanano in realtà le situazioni di Mayr e di Stablum. Credo che questo sia inaccettabile per un organo legislativo quale il nostro, che deve recuperare la sua dignità, legiferando nell'interesse generale, le leggi si connotano anche per il loro requisito della generalità e dell'astrattezza, mi sembra che in questo caso non si vada affatto in questa direzione.

Concludo questo mio intervento, manifestando anche le mie perplessità in relazione ad altre novità che la Giunta regionale vorrebbe introdurre, sempre per i casi di incompatibilità. Se ne è già occupato quale altro collega, lo ha fatto anche chi mi ha preceduto, però ritengo di dover sottolineare che elevare l'importo da 100 milioni a 500 milioni e consentire che la parentela di secondo grado non costituisca casi di incompatibilità per i casi previsti dalla legge, significa estendere ulteriormente un margine di incertezza, che la legge precedente aveva cercato di regolare. Quindi si tratta di un'impostazione peggiorativa, che non troverà il nostro assenso.

PRÄSIDENT: Wir haben keine weiteren Vormerkungen mehr. Wenn sich jemand zu Wort melden will.

Bitte schön, Abg. Di Puppo.

DI PUPPO: Grazie Presidente. Stimati colleghi, non avevo assolutamente previsto di prendere la parola in questo dibattito preliminare, ma dopo aver sentito l'intervento del collega Holzmann, in particolare il suo riferimento alla genericità che dovrebbe caratterizzare la legge, mi sono sentito chiamato in causa ad intervenire, per rilevare alcune contraddizioni di fondo, che credo non siano sfuggite ai più attenti dei presenti. Genericità della legge, per favore vai a rivedere i testi, su questo e su altri principi che non ti appartengono assolutamente per la tua cultura, la tua affermazione e per il tipo di partito che qui rappresenti.

(interruzione)

DI PUPPO: Sono preoccupato anch'io per questo. Genericità che dà la garanzia dell'astrattezza, ebbene tutta questa genericità si esaurisce nell'individuare su due persone che hanno ben operato nell'ambito dell'amministrazione pubblica, nella carica di assessori, nella carica di vicesindaci, come elementi sui quali si deve scaricare tutto l'impegno politico di quel partito, delle persone che qui lo rappresentano. Questa sarebbe, secondo il collega Holzmann, l'interpretazione del concetto di astrattezza, un'astrattezza che ricade su due cittadini che bene hanno operato, rispetto ai quali vengono prese in considerazione i requisiti di ammissibilità o meno all'elettorato passivo, nè più e nè meno come i requisiti di carattere morale, cioè l'essere stato condannato per reati, ha la stessa valenza dell'aver ricoperto cariche pubbliche amministrative, in modo onorevole aggiungo io, al punto da non rendere eleggibili questi elettori.

Per andare alla nostra legge, voi ricorderete che prima dell'estate feci un tentativo di proporre un'interpretazione autentica della legge, prima ancora che vi fosse il ricorso alla magistratura, offrendo quindi la possibilità al Consiglio regionale di esprimere con maggior chiarezza il proprio pensiero su questo argomento, proprio perché non fosse dato spazio ad interpretazioni arbitrarie e soggettive, ma fosse data la possibilità al legislatore di esprimere in prima e diretta persona il proprio pensiero. Quindi nessuna possibilità di equivoco rispetto all'interpretazione data dal legislatore che aveva legiferato solo pochi mesi prima sulla stessa materia.

Voi ricorderete come quella possibilità venne fortemente ostacolata proprio da Alleanza Nazionale. Alleanza Nazionale presentò una serie di emendamenti, proprio per impedire al legislatore di esprimere il proprio pensiero su questo argomento e questo è il modo di interpretare la funzione delle istituzioni democratiche.

Come si può pensare che il legislatore abbia legiferato mettendo in contrasto la posizione del sindaco con quella dell'assessore, in contrasto pieno con il dettato della costituzione, la quale all'art. 3 dice: "tutti i cittadini hanno pari dignità sociale, sono uguali davanti alla legge" e riprende lo stesso concetto, nel caso specifico riferito alle elezioni, all'art. 51: "tutti i cittadini dell'uno e dell'altro sesso possono accedere agli uffici pubblici, alle cariche elettive in condizioni di uguaglianza". Come è possibile immaginare che il legislatore abbia potuto porre in condizioni diverse il candidato sindaco dal candidato assessore. Non è forse più corretto interpretare che, laddove il legislatore ha voluto eccedere, ha ecceduto sulla figura del sindaco, indicando ancora una volta la direzione verso il futuro in cui doveva essere interpretato la limitazione dei tre mandati, questa era l'interpretazione corretta, laddove il legislatore ha voluto particolarmente sottolineare il limite dei tre mandati, l'ha fatto con riferimento alla figura del sindaco, ma ancora una volta nella direzione del conteggio per il futuro. Se così non fosse stato, il legislatore avrebbe palesemente violato la Costituzione, rendendo la posizione dell'assessore più svantaggiata rispetto a quella data al candidato sindaco e

credo che questo sia in netto contrasto con la logica che ha mosso i nostri lavori e il nostro impegno di legislatori.

Credo che peggiore dimostrazione di quella che sia stata data in questi giorni sull'argomento non poteva essere data. Un Consiglio di una regione autonoma, nel momento in cui rinuncia di difendere una legge elettorale di propria emanazione, credo che finisca per perdere la valenza stessa del senso dell'autonomia, se non si riconosce nella legge elettorale proprio il momento più alto dell'espressione dell'autonomia, se non si riconosce in quella legge in particolare il senso pieno del nostro ruolo, della nostra funzione.

Sono critico nei confronti della Giunta, sono critico nei confronti della maggioranza, che ritenendo di poter patteggiare su questioni di principio ha preferito rinunciare ad uno scontro, ad una battaglia che sarebbe stata sicuramente dura, pur di sostenere l'interpretazione autentica, che era il percorso corretto, cioè la volontà precisa del legislatore di non lasciare spazio ad interpretazioni del proprio pensiero, ma quella di voler fornire direttamente il proprio pensiero. Si è rinunciato a questo pensando di avere un salvacondotto per una modifica della legge elettorale, ci si è accontentati di un tozzo di pane, il quale oggi puntualmente è stato negato.

Oggi viene impedito a questa legge di camminare, di procedere, riconfermando di fatto che non vi era la volontà di far ritornare su quella legge elettorale e in particolare di ritornare su quella interpretazione della norma, impedendo così al Consiglio di esprimere il proprio pensiero.

Non le accettiamo quindi le lezioni di democrazia da parte di Alleanza nazionale, certo abbiamo perso un'occasione importante per isolare questo partito, per dimostrare all'opinione pubblica quale...

(interruzione)

DI PUPPO: Sì, io sono nostalgico per una democrazia vissuta e non dichiarata, come fa Alleanza Nazionale, sono nostalgico per una autonomia partecipata e non enunciata, come fa Alleanza nazionale.

Avremmo avuto la possibilità di smascherare questo doppio gioco delle dichiarazioni sulla stampa e dei comportamenti in contrasto, lo avremmo potuto fare qui in questo consesso, democraticamente deputato all'approfondimento di questi atteggiamenti e l'occasione era proprio quella di una legge elettorale, che la Giunta non ha saputo sostenere, difendere, la maggioranza non ha saputo impegnarsi per difenderla ulteriormente. Grazie.

PRÄSIDENT: Wortmeldungen sind keine. Dann kommen wir zur Behandlung der Tagesordnungen...

Abg. Pinter wozu denn bitte? Generaldebatte.

Bitte, Abg. Pinter...

...Moment. Wir sind nicht am Markplatz.

Das Wort hat der Abg. Pinter und sonst niemand.

PINTER: Grazie Presidente. Mi pare che il tono degli ultimi interventi confermano che probabilmente, da parte della Giunta, non vi è stato un calcolo preciso sulle condizioni del campo sul quale andava giocata la partita della riforma di questa legge in materia elettorale. Ho già detto in conferenza dei capigruppo, un discorso legislativo è stato svolto, un percorso politico è stato solo parzialmente svolto.

Credo abbia ragione il cons. Willeit, nel momento nel quale ha sostenuto e ribadito che qui non stiamo affrontando delle modifiche ad una legge che abbiamo varato, ma stiamo discutendo nei fatti di un'altra legge. Questa affermazione non credo sia pesante, perché noi abbiamo varato, circa 9-10 mesi fa, una legge di riforma dell'ordinamento elettorale, recependo, anche se pure a modo nostro i principi della legge nazionale, ma comunque arrivando a definire una serie di principi e soluzioni, che esprimevano in quel momento la mediazione che questa assemblea legislativa riusciva ad avere su questa partita elettorale.

Allora credo non ci sia da scandalizzarci se si vuole mettere in discussione un deliberato del Consiglio regionale, credo che però, come ha detto Willeit, quando si tratta di riforme di leggi ordinarie e quindi riforma sostanziale dei principi, sarebbe più conveniente che un'assemblea legislativa si limitasse ad emanare una sola riforma, lasciando in sostanza ad una successiva assemblea legislativa la eventuale potestà di rivedere quella riforma stessa. Credo che un'assemblea legislativa della durata di cinque anni non possa permettersi il lusso di riformare due volte una legge ordinaria così importante, come quella dei comuni, tanto più che è vero che abbiamo avuto una prima sperimentazione di questa legge e quindi uno potrebbe dire: abbiamo fatto un'esperienza, vediamo subito di adeguarci all'esperienza, però anche le esperienze della traduzione in atti della legge, deve avere un suo percorso, una sua verifica, noi siamo in una situazione politica che è estremamente in movimento e quindi anche spesso molto frammentata, molto contraddittoria nei propri comportamenti.

Allora pensare che il legislatore possa riuscire a seguire i movimenti della politica nella loro quotidianità, credo sarebbe un po' presuntuoso. Noi non possiamo pensare, di volta in volta, di riuscire a trasmettere in un ordinamento gli orientamenti contingenti che il panorama politico esprime, credo che questo non voglia dire che una volta fatta una cosa non si possa riaprire la discussione e non si possa imparare dall'esperienza, ma mi pare che l'esperienza per alcuni versi è stata parziale, nel senso che ha avuto una prima traduzione abbastanza veloce e credo che dovrebbe avere anche una successiva fase, per esempio stiamo discutendo di un disegno di legge, che se fosse stato varato nella giornata odierna avrebbe comportato la cancellazione della prossima tornata elettorale di alcuni consigli comunali, che si sono trovati in difficoltà di governabilità e quindi sono stati commissariati e quindi torneranno alle urne.

Credo che sia comprensibile il fatto di dire: perché farli tornare a votare con le stesse regole con le quali hanno votato la prima volta, forse il difetto sta nelle regole con le quali hanno votato la prima volta e quindi cambiamo le regole per permettere un aggiustamento.

Potrei anche dire che però forse hanno sbagliato o non hanno imparato il nuovo sistema elettorale, le singole liste di quei comuni e che hanno fatto tesoro della prima esperienza e nella seconda esperienza forse non sarà più un problema il tipo di sistema elettorale. Tra le altre cose diamo eccessivamente per scontato che questa legge elettorale ha prodotto situazioni di ingovernabilità. A me risulta che le situazioni di sostanziale ingovernabilità, più o meno attribuibile a questo sistema elettorale, siano riconducibili soltanto ad alcune amministrazioni comunali, in particolare l'amministrazione comunale di Levico, che è già stata chiamata alle urne, quella di Cles, che ha una maggioranza estremamente precaria, quella di Lavis e quella di Rovereto.

Ebbene, debbo ricordare che di queste quattro amministrazioni comunali, ben tre potevano avere le condizioni di tranquilla governabilità se semplicemente le forze politiche e i candidati sindaci che si sono presentati a consultazione elettorale si fossero comportati secondo le regole della trasparenza politica e non secondo le regole della furbizia del sottobanco, perché nel caso di Rovereto è vero che noi abbiamo un sindaco eletto e non è scattato il premio di maggioranza, perché la sua coalizione non ha raggiunto il 40%, ma soltanto perché non l'ha dichiarata la coalizione, perché in realtà le forze con le quali governa attualmente a Rovereto superano tranquillamente il 40%. Solo che siccome il sindaco sapeva che non sarebbe stato eletto se dichiarava con chi governava, allora non l'ha dichiarato, ma il difetto non è nella legge in questo caso...

(interruzione)

PINTER: Chiamateci poco, cons. Alessandrini, le ricordo che una delle principali motivazioni con le quali si è sostenuto la riforma elettorale era quello di evitare che le forze politiche si comportassero in una maniera non trasparente, cioè non dichiarassero fin dall'inizio le proprie alleanze di governo. Allora, se noi abbiamo ottenuto il risultato di non regalare una maggioranza a coloro i quali non l'hanno dichiarata ai cittadini, mi sembra che abbiamo fatto bene, perché non abbiamo consentito il giochino di chi nel primo turno dice: ma io non vado con Alleanza Nazionale, poniamo il caso, e poi va con Alleanza Nazionale al governo. Questi sono i giochini e se noi dobbiamo premiarli dando ad un sindaco, che aveva ottenuto con la sua coalizione il 22% e li dovevo dare il 38% di premio di maggioranza, cioè dovevo darli più del 100%, vale a dire il 170% dei suoi voti come premio di maggioranza. Credo non era giusto, d'altronde non era il difetto della legge, perché bastava che lo dichiarassero che erano alleati, come poi sono stati ed era risolto il problema, probabilmente se lo dichiarava, si dice, perdeva le elezioni, nel qual caso avevamo comunque un'altra coalizione che aveva superato il 40%. Quindi grandi problemi in quella situazione non ce n'erano.

Passiamo pure ad un altro comune, il comune di Cles, anche in quel caso cosa è successo? Una cosa semplicissima, che il candidato sindaco eletto si è ritrovato anch'esso con il sostanziale 40%, però non poteva dichiararlo perché il Partito Popolare non ha consentito l'uso del proprio simbolo alla lista, che si chiamava lista dei popolari di Cles. Quindi anche in questo caso, se non ci fosse stata una forzatura politica, avremmo garantito la governabilità del comune di Cles.

Dicasi la stessa cosa di Lavis, che gode sostanzialmente del consenso superiore al 40%, non dichiarato tra il primo e il secondo turno e quindi anche in questo caso abbiamo il 40%. L'unica vera eccezione è il comune di Levico, dove in effetti non abbiamo una possibilità di avere il superamento del 40%, pur avendo eletto il sindaco. Credo che delle volte, quando un sindaco, che ha una coalizione del 48% e non riesce ad ottenere il 51%, evidentemente c'è un problema di candidato sindaco che andrà cambiato, quindi da questo punto di vista certo che è preferibile non ripetere le elezioni, ma penso che tutti quattro i comuni le forze politiche abbiano benissimo capito che questo sistema elettorale richiede un altro atteggiamento rispetto quello tradizionale, che, per esempio, rispetto l'elettorato non si possono imporre qualsiasi tipo di candidatura di sindaco, viceversa occorre avere una sostanziale consistente coalizione per poter garantire la governabilità del consiglio comunale.

Ho detto questo, perché è venuta fuori una discussione, anche in sede di capigruppo e di altre occasioni, nelle quali lo stesso Presidente della Giunta ha detto: ci siamo trovati costretti a modificare questa legge, perché almeno 54 volte i giornali hanno parlato di una legge pateracchio e quindi non potevamo essere non sensibili a quanto la stampa dichiara. Per fortuna che la stampa fa sciopero tre giorni e per sfortuna che il Consiglio comunale non c'è nei prossimi tre giorni, altrimenti potevamo risolvere la riforma elettorale, senza godere del consenso condizionato della stampa stessa.

Credo che probabilmente, se per pateracchio si intende dire che è stato raggiunto un compromesso tra il principio in vigore nella nostra autonomia, del criterio proporzionale e il sistema tendenzialmente maggioritario dell'elezione diretta del sindaco è vero, non è una soluzione pulita né in un senso, né nell'altro, è un sostanziale compromesso, però credo che questa assemblea legislativa si sia assunta le proprie responsabilità nel definire questo compromesso tra il principio della proporzionale, contenuto nel nostro statuto di autonomia e l'elezione diretta del sindaco, come prevista a livello nazionale. Ha fatto una scelta, che uno può ritenere discutibile, ma l'ha fatta ed a me fa specie che otto mesi dopo questa scelta sia semplicemente messa in discussione, perché 4 o 10 comuni su 330 hanno avuto dei problemi di governabilità, mi sembra veramente poco.

Poi che ci siano state un'altra serie di esigenze di adeguamento tecnico perfetto, ma di quelle nessuno sostanzialmente ha discusso. Qui in realtà stiamo discutendo del fatto che sulla base di una non manifesta inefficacia o inefficienza del sistema elettorale che noi stessi abbiamo approvato, si vuole comunque mettere mano al sistema stesso. Allora non credo che ci siano quindi delle ragioni così imperanti da determinare il mutamento di alcuni principi contenuti all'interno della legge. Credo sia abbastanza curioso il fatto che i sindaci di questi comuni, che hanno protestato e si sono recati assieme dal Presidente della Giunta regionale ed hanno detto: Presidente, ci cambi la legge, perché noi siamo stati eletti sindaci e non possiamo governare. Allora giustamente il Presidente giustamente ha risposto: cambiamola del tutto la legge, siete stati eletti con il sistema proporzionale, cancelliamo il sistema proporzionale e torniamo al sistema maggioritario, così né il sindaco di Cles, né quello di Lavis, né quello di Levico sarebbero mai risultati eletti.

Mi pare una risposta un po' provocatoria nei confronti di questi sindaci, dire: in effetti è stato uno sbaglio che voi siate stati eletti, per cui torniamo ad un sistema che ci dà garanzie, che non succeda che la maggioranza relativa si trovi priva del proprio sindaco. Allora si è proposto di reintrodurre il sistema maggioritario fino ai 10 mila abitanti, perché in questo modo gli scherzetti che sono stati giocati alle maggioranze di centro, di centro-destra, cioè del fatto che i loro candidati sindaci non piacevano agli elettori e quindi pur gli elettori, essendo in maggioranza, orientati su uno schieramento di centro, centro-destra, hanno poi votato il candidato di centro-sinistra, perché lo ritenevano più adeguato.

Allora credo che anche una comprensibile impazienza dei neosindaci dovrebbe essere temperata da un ragionamento politico, che questa assemblea deve fare, non è che possiamo ogni volta che vengono eletti 223 nuovi sindaci li facciamo il questionario e diciamo: come volete la legge elettorale? Perché po questi sindaci si dimenticano purtroppo che magari un mese prima erano in minoranza o tra cinque anni torneranno in minoranza, tant'è che abbiamo viceversa quelli che erano in maggioranza, che adesso ci mandano le lettere e dicono: cosa facciamo in consiglio comunale che non abbiamo più potere come consiglieri comunali e magari ieri sera volevano tutto il potere alle giunte per poter governare meglio.

Quindi credo che dobbiamo essere un pochino più temperati e più equilibrati di quanto non possono essere gli atteggiamenti impulsivi degli amministratori comunali, mi ricordo l'assemblea che abbiamo fatto prima della precedente legge con gli amministratori comunali e volevano i due terzi, i quattro quinti, non so cosa volevano, probabilmente non potevano dire il 100%, ma sostanzialmente volevano delle maggioranze fortissime.

E' chiaro che nel momento nel quale si ritrovano a svolgere un ruolo di minoranza, di opposizione poi cambiano sostanzialmente idea. Questa Assemblea, cioè il Consiglio regionale, non può cambiare idea ad ogni cambio del vento, quindi deve fare delle scelte, le ha fatte e deve sostanzialmente confermarle, modificando aspetti che sono legati sì a carenze legislative, date magari da una non attenta valutazione di alcuni aspetti, però credo che la modifica del sistema maggioritario, come inizialmente proposto, il togliere la possibilità di apparentamenti al primo, secondo turno, il voto unico e non il voto disgiunto, togliere il 40%, l'introduzione del quoziente naturale per quello che riguarda Bolzano, nonché il discorso dei 500 milioni, giustamente ricordato come elemento della illeggibilità di amministratori comunali, siano modifiche non di carattere tecnico, ma politico.

Allora tra le altre cose è anche poso rispettoso nei confronti di questa assemblea, che magari ha cercato con fatica questa mediazione e siccome sono passate delle cose che alla maggioranza non piacevano, aspetta qualche mese e poi ci ripropone di nuovo di rivotare su una cosa che ha già espresso il Consiglio regionale.

Mi pare che sarà quello che succederà per quanto riguarda l'indennità dei sindaci, perché la proposta della Giunta fa finta che non abbiamo votato in quest'aula, anzi l'aula ha votato un emendamento che avevo presentato di limitazione a 12 milioni del valore dell'indennità di riferimento, ma con un giochetto si ripresenta una legge che

annulla l'effetto di questo voto. Allora ripeto, la Giunta doveva forse tenere maggiormente in considerazione la necessità di non rendere precaria l'azione legislativa di questo Consiglio regionale, più di quanto non si sia dimostrata precaria nella traduzione in pratica la legge stessa. Cerchiamo veramente di utilizzare quelle poche occasioni che abbiamo come assemblea legislativa regionale, di emanare dei provvedimenti legislativi e di riforma ordinamentale, di utilizzarli al meglio e piuttosto dedicarci ad altre riforme che abbiamo ancora da portare a compimento, per quanto riguarda l'ordinamento regionale stesso.

Aggiungo di più. Credo che una certa enfasi che è stata data rispetto ad alcuni principi dovrebbe essere ancora una volta temperata, perché questa valutazione di una legge pateracchio, al di là del fatto che sia una lettura molto condivisa da una forza politica, che non cito, ma che è abbastanza limitrofa, credo peraltro sia vero che sia stata sposata in larga parte dai cosiddetti politologi, non è che mi spaventano le letture dei politologi, nel senso che credo che i politologi spesso sono innamorati dei modelli, più che attenti all'evoluzione politica istituzionale, cioè capisco, però nella politica non è che semplicemente si possano imporre dei modelli, occorre che i modelli si affermino, si costruiscano, siano sostenuti da un consenso, abbiano una sufficiente maturazione. Allora in questo dissenso dal cons. Alessandrini, quando dice che la nostra popolazione è matura per il maggioritario, i politologi sono maturi per il maggioritario, alcune forze politiche sono mature per il maggioritario, non so se un'affermazione così netta, cioè che la popolazione trentino sudtirolese sia matura per il maggioritario, credo che senz'altro in questa fase politica, di caduta di alcune dimensioni di cultura politica, probabilmente è maggioritario un orientamento all'interno della popolazione, che tende alla semplificazione della politica, alla sua riduzione a scelte molto limitate, quindi probabilmente non solo è per il maggioritario, ma forse è anche per il presidenzialismo, non lo so, non lo abbiamo verificato fino in fondo, ma credo che la politica televisiva abbia portato a questo.

Quindi anche in questo caso e non soltanto per il fatto che noi siamo stati eletti con un sistema proporzionale, credo che dobbiamo porci il problema di capire se questa cultura politica, che è stata rinforzata da robuste dosi di immaginario televisivo, noi la possiamo sposare tranquillamente, punto e basta, credo, per quello che mi riguarda, difenderò i miei principi e come è già stato detto da qualche altra parte, la responsabilità del legislatore è anche quella di non farsi semplicemente condizionare da un orientamento prevalente nella popolazione, mi sembrerebbe troppo poco, certo ognuno di noi fa i conti con la propria area di riferimento politico, però credo che chi in questo momento non rifiuta la scelta di strumenti di governo più precisi e più garantiti, non dico che non si debba arrivare a delle riforme dello stesso sistema elettorale regionale, per garantire una migliore governabilità, dico che questo non passa necessariamente attraverso soluzioni maggioritarie, nè passa attraverso la negazione del diritto della rappresentanza delle minoranze. Credo sia tranquillamente possibile coniugare tutela delle minoranze, grado di rappresentanza e scelta di governo, senza che le une siano necessariamente in antitesi con le altre.

Da questo punto di vista torno a dire che non credo che siamo fuori della storia, tutt'altro, siamo nel magma della storia, il cons. Alessandrini dice che siamo dei conservatori, se possiamo conservare una democrazia sostanziosa, prima di rinunciarci e quindi di rivoluzionare, nel senso di sposare un sistema più carente dal punto di vista delle garanzie, preferisco essere conservatore, è vero, sono conservatore da questo punto di vista.

Mi pare che anche il Parlamento europeo è conservatore, visto che ha auspicato un ragionamento proporzionale all'interno dei vari stati europei, come strumento effettivo di tutela delle minoranze. Si vede che delle volte la tutela delle minoranze fa un po' paura e quindi si preferisce la frenesia, nel senso della impazienza di cambiare le condizioni del nostro assetto politico, non facendo i conti delle volte con il fatto che se le cose non cambiano a livello politico, non sempre è perché non cambia il sistema elettorale, ma perché non cambia la cultura politica e quelli che pensano ogni volta sempre e comunque che siano le regole quelle da cambiare, invece di cambiare la testa, non so se mi spiego, però credo che non avremo certo garanzie migliori.

Al di là di queste valutazioni di carattere generale, credo che la Giunta farebbe bene a utilizzare il tempo che avrà a disposizione nei prossimi mesi, per vedere su alcune modifiche contenute all'interno di questa legge, di ricercare una maggioranza ampia all'interno di quest'aula, distinguendo tra quelli che sono principi fondamentali della legge stessa e quelli che sono adeguamenti tendenti a garantire la cosiddetta maggiore governabilità.

Non è che non sia disposto a discutere sul 40%, sul voto unico o su altre cose, dico che però deve essere fatto sulla base di un serio ragionamento e non sulla base di calcoli, perché ho l'impressione, non so se mi sbaglio, ma siccome mi sono preso la briga di guardare cosa sarebbe successo con la nuova legge proposta dalla Giunta regionale, applicata alle ultime elezioni, allora l'unica cosa che ho visto è che tutte le situazioni anomale di affermazioni, di situazioni di centrosinistra verrebbero cancellate. Allora mi è venuto un sospetto che il cons. Alessandrini sia un po' masochista, quindi auspichi un sistema elettorale che consegni al centro-centro la totale e ampia maggioranza in questa regione, dice il cons. Alessandrini che bisogna accettare la sfida, dice che il PDS fa parte del centro-centro, non lo sapevo, questa è novità politica, comunque ne terremo conto.

In conclusione ripeto l'invito alla Giunta, essa ha fatto bene a presentare un emendamento che evita questo innalzamento della soglia del maggioritario, perché questo ridà anche significatività alla distinzione tra i comuni con il sistema proporzionale e quello con il sistema maggioritario, perché se noi riconduciamo ad un pugno di 5-6 comuni l'elezione diretta del sindaco, perché poi di questo si tratta, perché quelli con sistema non maggioritario vuol dire che il sindaco ha il 50 più uno per cento dei voti, in altri casi ha un numero di maggioranza relativa, ma non il 50 più uno per cento. Allora solo il secondo turno garantisce che effettivamente si raggiunga una reale maggioranza.

La Giunta ha fatto bene, può fare altrettanto bene se su alcuni punti, in modo particolare il quoziente naturale di quello che riguarda la situazione del Sudtirolo,

ma anche ad esempio il problema della compatibilità tra concessionari di beni di servizi comunali e amministratori comunali, che credo sia un problema anche di trasparenza, di moralità, di non connubio tra dimensione degli affari e della politica, credo che questa Giunta farebbe bene a rivedere le sue posizioni, confrontandosi con tutte le forze politiche.

PRÄSIDENT: 8 Minuten, Abg. Alessandrini.

ALESSANDRINI: Utilizzo volentieri questi pochi minuti che mi restano, perché lo sviluppo del dibattito mi suggerisce alcune puntualizzazioni rispetto anche ad affermazioni che si sono più volte sentite nell'aula e credo che l'intervento ultimo del collega Pinter costituisca una ulteriore dimostrazione che quella legge andava riformata, perché era una reale legge pasticcio, una legge di compromesso, in senso non deteriore, fra un proporzionalista autentico quale è il collega Pinter e una visione della maggioranza che su questo terreno non si è incontrata.

Ho sempre definito la legge 3 la legge Pinter-Giovanazzi e questo la dice lunga sulle incoerenze interne del disegno di legge, è per questo e non per la campagna di stampa che abbiamo visto dopo le elezioni, ma perché abbiamo condotto una battaglia coerentemente dal referendum in avanti, che abbiamo immediatamente proposto le iniziative di modifica della legge elettorale, di modifica di riforma proprio per introdurre elementi di coerenza, rispetto ad una visione che ci distingue certamente da quella del collega Pinter che è quella di rafforzare la struttura maggioritaria della legge. Ci sono molti terreni sui quali potremmo trovare l'incontro fra diverse forze politiche, aspetti di "relativo" dettaglio, perché sono aspetti sempre importanti, il quoziente naturale per Bolzano, certo che un proporzionale corretto di quella natura rischia di essere solamente odioso, senza risolvere i problemi, su questo non ci sono dubbi.

La questione delle compatibilità e incompatibilità e tanti altri discorsi fatti dal collega Willeit, su questo non ci sono dubbi, però voglio dire, rispetto al fatto di accentuare la natura maggioritaria della legge in questo consiglio, ci sono profonde differenze e rispetto a questa necessità abbiamo visto l'iniziativa della Lega, abbiamo visto l'iniziativa del nostro gruppo e in parte anche la stessa iniziativa della Giunta regionale.

Quindi rispetto alla questione di accentuare il contenuto maggioritario della legge, in questo Consiglio ci sono diverse forze politiche che magari su altro terreno hanno visioni completamente diverse.

Capisco che non tutto risiede nella legge elettorale, ci vorrebbe altro, però non sottovalutiamo la questione dell'impostazione della legge elettorale rispetto alla qualità del sistema politico, certo tutto non ha radice nella legge elettorale, ma ci sono molti aspetti della qualità del sistema politico che richiedono meccanismi elettorali e revisione dei meccanismi elettorali, certo noi partiamo da una fase storica, quella del nostro paese, riflettiamo rispetto alla condizione del paese, non abbiamo il sistema tripartitico della Germania, dove la soglia di ingresso ha un significato, da noi una

proliferazione di partiti nella quale siamo è certo che non possiamo cercare di risolvere i problemi con la soglia d'ingresso, perché questo rischia di essere una manovra solamente odiosa, però la necessità di fare i conti con le innovazioni del sistema politico e quindi con meccanismi elettorali che favoriscano, notate bene colleghi, l'ho già detto più volte, non si tratta di lavorare o di pensare che questi strumenti servono per la governabilità, per la stabilità dei governi, quelli che è in gioco - l'ho detto più volte in quest'aula e lo ribadisco - è quello di governi responsabili, di governi che rispondano quindi ai cittadini, che siano giudicabili dai cittadini e quindi non restino nell'impunità per cui è sempre colpa dell'altro se le cose non funzionano.

Questo è il dato della fase storica del paese e che dovrebbe essere una lezione per tutte le componenti che hanno interesse all'innovazione del sistema politico ad accelerare i ritmi anche della qualità del sistema politico, perché i sistemi della irresponsabilità sono quelli che hanno provocato i guasti che oggi sono pagati dalle fasce deboli e rispetto alle quali c'è buon gioco di certe forze che non appartengono alla tradizione democratica, progressista del paese, di lavorare con l'accetta per rompere i presupposti dello stato sociale. Questo è il gioco, questioni di governi responsabili rispetto ai cittadini, in modo che si esca dalla fase dell'impunità e delle irresponsabilità che hanno creato i guasti, rispetto ai quali molti di noi hanno lottato e continuano a lottare nel paese.

Questo è in gioco, non è la questione elettorale per una mera governabilità, sono questioni molto più importanti in gioco, dopo di che, se esaminiamo le proposte elettorali, dobbiamo pretendere un minimo di coerenza rispetto alle cose, non possiamo mescolare fasi o meccanismi proporzionali con meccanismi maggioritari, forme di governo di natura presidenziale, con forme di governo parlamentari, è chiesto a ciascuno il dovere della coerenza, la nostra proposta è nella linea della coerenza, un modello di democrazia competitiva, questo è in gioco, perché ci siano i circuiti della responsabilità che legano i cittadini rispetto ai governanti e quindi che ciascuno risponda rispetto alle cose del paese e quindi trasparenza rispetto alle responsabilità di chi governa male o governa bene e forme neoparlamentari. In questo ci distinguiamo da altrettanto legittime forme di democrazia di natura, dove si punta sulla separazione fra il momento dell'assemblea e il momento del governo, però dobbiamo essere coerenti, perché tutte le questioni sono legittime, anche la presenza del proporzionalismo, ma chi ha negato, per molti anni nella storia di questo paese, il proporzionalismo ha salvato la democrazia del paese, oggi c'è il problema della riforma, dell'innovazione, dell'accentuazione dei meccanismi di responsabilità, però tutti sono meccanismi legittimamente democratici, anche i modelli presidenziali, però la coerenza vuole, proprio per evitare le derive plebiscitarie, perché si discute a suono di messaggi televisivi, a ciascuno è richiesto la coreana rispetto ai modelli che sono in testa.

Non possiamo fare la battaglia per la separazione dell'elezione del sindaco e della giunta se non distinguendo le funzioni del sindaco rispetto a quelle del consiglio, accentuando quindi il ruolo del sindaco rispetto al consiglio e avendo quindi la possibilità che il sindaco permanga per tutta la durata del mandato.

Mi consenta Presidente qualche secondo ancora. Collega Pinter, non sono pochi quattro comuni, certo se lei li confronta ai 223, ma il confronto dobbiamo farlo fra comuni che hanno lo stesso meccanismo elettorale, sono quattro comuni su 22, quindi è quasi un quinto. Allora una legge elettorale che in un quinto dei comuni ha portato problemi, non può essere giudicata positivamente, dopo tutto si accetta nella transizione, ma dobbiamo trarre la lezione da come l'abbiamo verificata alla prova questa legge elettorale, sono quattro comuni su 22 dove questi rapporti di responsabilità tra governanti e cittadini non ci sono e non è una cosa da poco e poteva succedere in altri.

Allora pensiamoci e ridimensioniamo anche i fatti, cono 52 mila abitanti rispetto ad un bacino di abitanti che interessava questa legge di poco più di 80, oltre la metà di cittadini interessati a questo meccanismo elettorale hanno di fronte un consiglio e un'amministrazione che non ha i meccanismi che servono per affrontare il governo dei comuni.

Ho apprezzato anche le aperture di Pinter, dice: non è in gioco il 40 ecc., ma insomma sforziamoci di dire, rispetto ai problemi, la necessità di governi responsabili che possono rispondere ai cittadini, vogliamo modelli presidenziali o vogliamo modelli parlamentari? Cioè non solo distinzione, ma separazione fra governi ed esecutivi o vogliamo invece forme di governo agganciate alle assemblee, quindi i modelli cosiddetti neoparlamentari. Non sono cose da poco e secondo me anche il fatto che noi arriviamo a questo appuntamento delle prossime elezioni nei comuni nei quali sono stati commissariati ed avute le vicende che abbiamo, anche questa è colpa della maggioranza che non ha avuto una chiarezza di posizione rispetto a questi problemi, l'avevamo messo in evidenza già nel dibattito di allora e quindi a noi interessava che il Consiglio si pronunciasse rispetto al rafforzamento del meccanismo maggioritario per i comuni trentini.

Questo era in gioco, questa era una domanda che serviva per le comunità del Trentino e rispetto a questo abbiamo fatto una battaglia coerente, ci auguriamo che ci siano ancora i tempi per portarla a conclusione.

PRÄSIDENT: Danke, Herr Präsident.
Abg. Passerini, bitte.

PASSERINI: Grazie, signor Presidente. L'intervento appassionato del Presidente Alessandrini, consigliere, ma i presidenti dicono si chiamino presidenti ovunque siano, quindi non se ne dorrà il cons. Alessandrini se in questa sede lo chiamo Presidente, è un discorso che è vero, ma è vero solo in parte e parto proprio dalla sua conclusione, nel senso che, se noi vogliamo rafforzare il sistema maggioritario nei comuni del Trentino, dobbiamo cambiare la legge elettorale. Allora inviterei il Presidente Alessandrini a leggere l'intervento di oggi su "Repubblica" del sindaco di Venezia, il quale parte pure da questo principio, però cosa ricorda Cacciari? Egli ricorda che un sistema di governo, di cui oggi c'è bisogno in Italia, dovrebbe fondarsi su un Governo ed un Parlamento più forti.

Tutto il discorso però che abbiamo appena sentito punta esclusivamente sul fatto che ci sia un sindaco e una maggioranza di governo, ci siano sindaci e giunte più responsabili, che abbiano più poteri, non a caso Alessandrini ha detto: rafforziamo il governo rispetto al consiglio. No, il problema è qui, è che noi cosa abbiamo fatto con questa legge elettorale e anche con la legge sull'ordinamento dei comuni? Abbiamo rafforzato l'esecutivo e di questo penso ci sia bisogno, c'era bisogno in Italia di rafforzare l'esecutivo.

Ricordo le riflessioni di uno dei padri della nostra costituzione, di Dossetti, il quale ha sempre detto che da questo punto di vista il sistema politico italiano era carente sul piano della forza del governo e infatti noi abbiamo avuto sempre governi deboli, in presenza di parlamenti deboli però non è che abbiamo avuto parlamenti forti, abbiamo avuto poteri trasferiti altrove, se non governava il Parlamento governavano le lobbies, oppure governavano i poteri occulti.

Quindi accetto il fatto che effettivamente in questo paese abbiamo avuto governi deboli e che bisogna rafforzare la funzione di governo. Lo stesso dicasi per quanto riguarda i consigli comunali e probabilmente anche per quanto riguarda le nostre giunte, però il sistema maggioritario si basa su due poli forti, che è il polo del Governo ed il polo del Parlamento, che è l'esecutivo ed il legislativo. Mi domando se in tutta la discussione che abbiamo fatto in questi mesi ed anche in quest'aula, si sia tenuto conto del fatto che nel nostro sistema i consigli comunali ed il potere di controllo, perché di questo si tratta, da parte delle minoranze, sia effettivamente salvaguardato.

Quante parole abbiamo speso su questo e quante carenze non si siano verificate in questi mesi sull'effettivo potere di controllo delle minoranze. Cacciari lo ricorda benissimo nel suo articolo oggi su "Repubblica", effettivo potere di controllo e anche possibilità che le minoranze abbiano di dotarsi di una competenza tale per poter controllare. La competenza non significa solo che uno deve avere il tempo di studiare di più, deve avere anche gli strumenti per acquisirla la competenza e quindi tutta una serie di strumenti e di mezzi, perché le minoranze possono effettivamente controllare l'operato della maggioranza; oggi questo non avviene né in Parlamento, né nel Consiglio provinciale, né nel Consiglio regionale, né nei consigli comunali.

Allora se la riflessione che andiamo facendo deve avere un senso, secondo me, è che se noi valutiamo il sistema nel suo complesso, il sistema amministrativo che siamo andati creando, non possiamo porre l'attenzione soltanto sullo strumento elettorale, ma dobbiamo chiederci se i provvedimenti legislativi che abbiamo varato in questi anni e che hanno portato di fatto un rafforzamento dell'esecutivo, non siano non solo carenti sul piano dell'affidare la responsabilità a chi governa, ma non siano carenti sul piano del potere di controllo effettivo, affidato alle minoranze.

Qui dobbiamo invitare, non soltanto tutti noi, ma in primo luogo la Giunta a farsi carico di questo problema, perché sappiamo quante lettere e quante proteste arrivano in regione o in provincia, da parte di minoranze che sono state esautorate dalle commissioni, che non ce la fanno a svolgere la loro funzione di controllo, perché non hanno nemmeno un telefono, un tavolino, una sedia nei consigli comunali, perché quando ricorrono, nei confronti di una delibera, non trovano

rispondenza e cosa succede? Che si moltiplicano gli esposti alla procura della Repubblica e in questo modo addossando ancora una volta la magistratura dei compiti che della magistratura non sono, mentre dovrebbero esserci tutti gli strumenti amministrativi tali da rispondere a questo tipo di esigenze.

C'è stato un intervento recentemente del giudice Ancona, in cui seppure non riferito a questo particolare aspetto, lamentava la carenza della politica in questi anni rispetto alla magistratura e che ancora una volta la magistratura si trova a doversi far carico di problemi che la politica non ha saputo affrontare, nella fattispecie il suo discorso si riferiva soprattutto alla questione morale, ma noi lo possiamo applicare estendendo il concetto di questione morale anche al modo di varare determinati atti amministrativi, anche alla questione delle delibere, quante delibere? Quanti esposti da parte di consiglieri comunali alla procura non ci sono stati in questi mesi e in questi anni? Tutti ovviamente nella maggior parte dei casi destinati ad aumentare il volume delle pratiche in giacenza, perché sappiamo quanto ritardo c'è da parte della nostra magistratura nell'evadere le pratiche che si sono accumulate in questi anni.

Chiediamoci allora e incominciamo a fare una verifica complessiva, Presidente Grandi, del sistema dei controlli, ovviamente la regione ha una parte di competenze, dovremo parlare soprattutto per quanto riguarda le rispettive giunte provinciali e quindi gli assessori competenti o comunque le giunte provinciali, perché poi sono loro che hanno la responsabilità in gran parte di svolgere questa funzione di controllo, però qui il sistema nostro non funziona, il sistema dei controlli non funziona e questo lo dobbiamo dire e se il sistema dei controlli non funziona, non funziona il sistema maggioritario e questo allora non si può dire che non funziona perché c'è una legge elettorale che è carente, la carenza della legge elettorale è solo un aspetto del problema complessivo, ma se c'è un problema urgente in questo momento, non è tanto quello di correggere questi errori, ma è quello davvero di costruire un sistema di controlli tale da far sì che la minoranza possa svolgere il suo lavoro, allora avremo un sistema maggioritario vero, altrimenti non faremo altro che riprodurre da noi quello che si è riprodotto a livello nazionale, vale a dire che abbiamo introdotto un sistema maggioritario con un capo di governo che ha la possibilità di tenersi tutte le televisioni.

Questo è il sistema maggioritario che abbiamo introdotto a livello nazionale, con il fatto che chi governava poteva controllare anche l'opinione della gente, questo è l'assurdo, cons. Chiodi, quello che dico io lo dice da sempre il segretario del suo partito D'Alema, quindi non sto inventando nulla da questo punto di vista, lo dicono tutti i progressisti, mi pare che sia d'accordo anche lei sul fatto che a livello nazionale si è creato un sistema maggioritario abnorme ed è la stessa cosa che rischiamo di fare anche noi qui.

Allora o facciamo funzionare il sistema dei controlli, altrimenti non siamo più in presenza di un sistema maggioritario, ma siamo in presenza di un sistema che non è più democratico in quanto tale, perché affida poteri all'esecutivo, che non hanno una corrispondenza in poteri di controllo da parte delle minoranze e allora siamo fuori del sistema democratico.

Allora, Governo più forte, Parlamento più forte, sindaci più forti e giunte più forti, consigli comunali più forti, potere di governo e potere di controllo, perché altrimenti noi avremo la confusione tra governo ed arbitrio, tra decisionalità e quella che noi possiamo definire arroganza, proprio perché si è sicuri che dall'altra parte lo strumento del controllo non funziona e lo stesso dicasi per il rapporto tra la democrazia e la mortificazione della democrazia.

Ecco perché se questa discussione deve avere un senso e se il tempo che perdiamo qui dentro deve avere un senso, deve essere utilizzato proprio nella direzione di costruire un sistema dove potere di governo e potere di controllo trovino un loro effettivo equilibrio e allora forse bisognerebbe rivedere alcuni punti della legge anche sull'ordinamento dei comuni, che pure siamo andati modificando. Facciamo un solo esempio, che alcuni colleghi hanno preso in considerazione introducendo degli emendamenti, il problema della rappresentanza delle minoranze in seno alle commissioni consiliari comunali.

Sappiamo che le commissioni comunali sono elette con voto limitato, quindi le minoranze possono eleggere il loro rappresentante, ma se quel rappresentante si dimette, la volta dopo si torna in consiglio comunale e il voto limitato questa volta non salvaguarda le minoranze, ma di fatto consente alla maggioranza di eleggere un membro di questa commissione, che non sia delle minoranze, anche se la lettera e lo spirito della legge direbbero che i rappresentanti delle minoranze dovrebbero essere in qualche modo garantiti all'interno delle commissioni. Questo esempio non lo faccio a caso, perché questi casi sono capitati invece concretamente in alcuni comuni del Trentino, sono stati segnalati e credo che debbano costituire anche motivo di riflessione per tutti noi, perché se nemmeno all'interno delle commissioni le minoranze possono avere un posto, è chiaro che a quel punto il potere di controllo e la funzione dei consigli e delle minoranze davvero viene meno in un momento sostanziale, forte, quale quello del lavoro in commissione.

Ho fatto solo questo caso, ma prima ricordavo quelli relativi ai mezzi con cui le minoranze possono effettivamente controllare l'operato della maggioranza, mezzi che possono essere anche strumenti molto semplici, uno spazio per il lavoro, tutta una serie di strumenti, anche se il problema più vero è quello sul controllo degli atti amministrativi.

Sappiamo benissimo che attorno a delibere estremamente discutibili non è possibile un intervento rapido da parte di un qualche organo, che faccia ritornare l'amministrazione sui suoi passi e in qualche modo li faccia rispondere di questa sua responsabilità. I ricorsi e gli esposti e tutte le azioni che i consiglieri di minoranza intraprendono, sono destinati a giacere nei cassetti, in provincia oppure alla procura, la quale non dovrebbe essere caricata di queste responsabilità, e questo è un discorso molto delicato e molto importante, perché se vogliamo costruire e accetto la sfida fino in fondo del maggioritario, non possiamo non farci carico di questo, perché altrimenti barriamo al gioco, altrimenti non costruiamo un sistema maggioritario, questo non è un sistema maggioritario, questo è qualcos'altro, non so come definirlo, ma non è un sistema maggioritario.

Da cosa nasce il sistema maggioritario? Nasce dal fatto che gli elettori abbiano il potere di decidere la maggioranza che li governa, di decidere attraverso il voto il governo, ma a quel governo non si può dare una delega in bianco, gli elettori allo stesso modo votano anche chi controlla con uguale potere e con uguali mezzi coloro che governano, perché se c'è squilibrio tra i due momenti noi siamo fuori del sistema democratico e non a caso i paesi di più lunga tradizione di sistema maggioritario hanno introdotto, ad esempio, leggi antitrust che noi minimamente ci sognamo nel nostro paese, dove pure abbiamo introdotto il sistema maggioritario, proprio perché c'è una cultura dell'equilibrio dei poteri che noi ancora non conosciamo, ma l'equilibrio dei poteri non si riferisce soltanto al piano nazionale del Governo, del Parlamento, ma si riferisce anche ai nostri paesini di 152 abitanti, se c'è un comune di 152 abitanti.

E' vero che dobbiamo stare attenti ai problemi che questa legge elettorale ha creato in alcuni comuni, però la maggior parte dei problemi che si sono creati nei comuni è stato perché qualcuno ha barato al gioco, se a Rovereto mettono un sindaco di sinistra a capo di una coalizione di centro, che può diventare centro-destra, è chiaro che lì c'è qualcosa che non funziona, ma è la legge che non funziona o sono gli eletti e gli elettori che non funzionano.

Allora giustamente Alessandrini dice che dobbiamo evitare questi errori, però lì si è barato e allora cosa dovremmo fare? Li dovremmo mandare a casa con l'impossibilità di ricandidarsi se barano al gioco, questa sarebbe la risposta concreta, perché è chiaro che se a Rovereto Chiocchetti, che è sempre stato di sinistra, si candida con un partito autonomista e poi pretende di governare con una coalizione di centro-destra, non si farà mai quel governo lì, qui il difetto è all'origine ed è un pasticcio. Allora se il Governo non lo fanno, perché non ha voluto apparentarsi, perché non voleva dire che voglio i voti di Alleanza Nazionale perché altrimenti li perdeva, mentre lui aveva bisogno dei voti di Alleanza Nazionale, ma non poteva dire di volerli, perché tutti avrebbero detto: come mai tu che sei di sinistra chiedi i voti di Alleanza Nazionale? E' stato un barare al gioco da questo punto di vista, allora cosa facciamo? Li rimandiamo a casa e andiamo a nuove elezioni e impediamo a questi di ricandidare? Questo sarebbe il modo serio per farli rispettare lo spirito e la lettera delle leggi.

Dopo di che è chiaro che noi siamo in presenza di un sistema, dove slegando il sindaco ad una maggioranza possiamo incontrare questi inconvenienti, però questi inconvenienti sono stati minori di quanto non si pensasse.

Certo accettiamo fino in fondo questa sfida del sistema maggioritario, senza però enfatizzare certi aspetti, ma a tutto campo e allora mi auguro che nel momento in cui questa nuova legge sarà varata, anche tutta un'altra serie di aspetti, contenuti nella legge sull'ordinamento dei comuni, saranno stati cambiati, dopo dice il Presidente Grandi, il che significa alla prossima glaciazione magari. Lei mi deve rispondere, Presidente Grandi, se il mio discorso è sbagliato, lei concorda, perché se noi vogliamo il sistema maggioritario dobbiamo volere un governo più forte, ma anche una minoranza e un Parlamento, un Consiglio provinciale più forti, perché è questo il problema più urgente, perché non c'era alcuna urgenza di voler cambiare in due giorni un sistema elettorale per far fronte alle esigenze di quattro comuni, mentre c'è l'urgenza

di rispondere ai tanti problemi che le amministrazioni comunali hanno sollevato, non i sindaci, ma le opposizioni, hanno sollevato in Trentino sull'effettivo potere di controllo che hanno.

Allora noi dobbiamo guardare le due facce della questione, qui dentro noi dobbiamo rappresentare la voce anche delle minoranze e se 40 sindaci vanno dal Presidente Grandi a dire che vogliono più potere, noi dobbiamo rappresentare qui la voce di 40 consiglieri comunali delle minoranze, che dicono che i sindaci hanno già molto potere, noi non ne abbiamo per nulla e allora questa voce qui dentro la dobbiamo presentare e dobbiamo dar voce anche a loro.

Allora nel conteggio delle sintesi, dei compromessi, degli accordi, di tutto quanto si andrà definendo, dobbiamo tener conto anche di queste voci, perché altrimenti se non tenessimo conto di queste voci, che certamente non fanno notizia, non riempiono le pagine dei giornali, se non tenessimo conto di queste voci noi verremmo meno al nostro compito di tutela della democrazia, che è tutela non solo di chi governa, ma tutela anche di chi controlla l'operato del Governo ed è certamente vero quanto dice oggi il sindaco Dellai in un suo intervento, peraltro abbastanza in sintonia con l'intervento dello stesso Presidente Grandi, su una medesima pagina di un quotidiano locale, vale a dire sul protagonismo, non so quanto al sindaco e al Presidente piaccia questo accostamento, però l'ha fatto il giornale, lo faccio anch'io, vale a dire del nuovo protagonismo dei sindaci e del nuovo ruolo delle città, questo è vero, è un aspetto positivo, in un momento in cui il sistema politico è in crisi ed il panorama politico nazionale è pieno di difficoltà, di incertezze, di confusione, non c'è dubbio che i sindaci, i governi delle città hanno saputo mettere in mostra una politica concreta, che risponde ai bisogni della gente, anche ad una capacità effettiva di governo.

Quindi tutto questo è vero, però ad esempio, tanto nell'intervento del Presidente Grandi, quanto nell'intervento del sindaco Dellai, manca quell'aspetto che invece, come ricordavo prima, il sindaco di Venezia Cacciari ricordava molto puntualmente, vale a dire che oggi non si può parlare soltanto del ruolo del governo, oggi bisogna parlare, anche per un sistema che funzioni, di un Parlamento, di un consiglio comunale, di un Consiglio regionale che funzionino, però questo è sintomatico del fatto che il dibattito in Trentino è stato sviluppato soprattutto dai sindaci e dagli assessori e dai politologi molto preoccupati delle responsabilità di chi governa, mentre abbiamo sentito poche voci da parte dei consiglieri dell'opposizione e da parte anche di politologi che rappresentavano le voci dell'opposizione e delle minoranze.

Quindi la carenza di dibattito in Trentino, sotto questo aspetto, si riflette poi anche nelle considerazioni che sentiamo qui dentro e che ho fatto anche in riferimento all'intervento del cons. Alessandrini, dicendo che il suo discorso era vero, ma era vero solo in parte, perché mancava tutta l'altra parte. Il cons. Alessandrini annuisce, mi auguro che questo suo annuire si traduca, nel corso del dibattito che certamente non sarà breve su questa legge, si traduca anche in proposte concrete, volte a colmare questa lacuna sul potere di controllo delle minoranze.

Allora se avremo l'opportunità di trovarci in sintonia su alcuni emendamenti, lo faremo senz'altro, noi saremo i primi ad appoggiare tutte le iniziative,

però non possono riferirsi soltanto alla modifica del sistema elettorale, ma anche al sistema dell'ordinamento dei comuni e quindi le appoggeremo queste iniziative, volte a garantire un effettivo potere di controllo delle minoranze.

Ecco perché rimprovero, come altri hanno fatto qui dentro, alla maggioranza una sorta di miopia, vale a dire corriamo perché dobbiamo correggere questa legge, perché si sono verificati alcuni errori, senza tener presente invece il sistema nel suo complesso, il sistema amministrativo che siamo andati creando e resta comunque una perplessità di fondo, vale a dire è possibile con tanta facilità, dopo nemmeno un anno, a dieci mesi di distanza, che la stessa assemblea torni su se stessa su questioni fondamentali sulle quali aveva pur sempre deliberato? Questo dubbio dovrebbe pur esserci, perché è vero quanto è stato detto; qui dentro ci sono delle forze che premono in una direzione, però noi sappiamo benissimo che il cambiamento delle regole del gioco richiede un'ampia maggioranza e se questo non è una regola scritta, però questa è una regola in qualche modo accettata, perché se le regole del gioco vengono cambiate attraverso forzature da parte di chi governa con il consenso magari di una parte dell'opposizione, scavalcando anche tutte le altre componenti dell'opposizione, allora non accettiamo il principio che le regole del gioco devono essere in qualche modo definite dal maggior numero possibile di attori di questo gioco e quindi non da una ristretta maggioranza e nemmeno attraverso prove di forza, come qui dentro si voleva fare, perché nel giro di tre giorni si voleva fare quello che non si era riusciti a fare nella precedente legislatura e che noi faticosamente abbiamo fatto, però dopo un dibattito durato parecchi mesi.

Detto questo - e concludo - mi auguro che la revisione della legge elettorale comporti davvero una revisione del sistema complessivo, che conferisce alle minoranze pochi poteri di controllo sull'operato del Governo, se è vero che vogliamo andare a definire un compiuto sistema maggioritario, altrimenti noi non faremo altro che far vedere alla gente che ci interessa soltanto rafforzare il potere dei sindaci, delle giunte e non ci interessa invece un vero e proprio sistema democratico, dove chi governa risponda, ma chi è in minoranza possa effettivamente controllare l'operato di chi governa.

PRÄSIDENT: Abg. Minniti, bitte schön.

MINNITI: Qui di assenze se ne sentono molte, perché dopo tre giorni di lavori in quest'aula, anche se non tutti i tre giorni sono stati dedicati a questo argomento, fa dispiacere, lascia una vena di amarezza constatare che l'aula è praticamente semivuota, ossia che vi è poca attenzione nel valutare, nell'ascoltare soprattutto le diverse opinioni politiche, che in quest'aula, come rappresentanti di partiti e comunque rappresentanti dei cittadini, siamo chiamati ad esprimere.

Peraltro, se mi amareggia l'assenza di molti colleghi da quest'aula, è ancora più amara l'assenza dell'assessore competente alle eventuali modifiche, che a questa legge si pensa di apportare. Mi veniva una battuta precedentemente, ma visto che l'assessore Giovanazzi in questo momento non è in aula, non mi sovviene nemmeno di

ripeterla, ma che lo avrebbe riguardato, però questa è comunque una dimostrazione di come questa Giunta regionale e la maggioranza che la sostiene voglia andare diritta per la sua strada, come un carroarmato, stritolare sassi e quello che è ancora peggio è che proprio uno dei partiti maggiormente interessato forse a questa discussione, ossia lo SVP è praticamente totalmente assente dall'aula, abbiamo solo in questo momento tre rappresentanti, uno vi è obbligato in quanto il Presidente del Consiglio è fuori e quindi il Vicepresidente è obbligato a rimanere in aula, evidentemente sta chiedendo parere anche a Yeltsin con il telefono rosso, su quelle che devono essere le posizioni da assumere in quest'aula.

Tutto questo certamente fa dispiacere e fortunati che la televisione non ci riprende, perché se il dibattito politico poteva essere ed è stato interessante, perché comunque qualsiasi cosa che in quest'aula viene detta, è perché ognuno di noi crede fermamente in quello che dice, ecco che allora era importante che uno strumento come i mass media avessero potuto trasmettere all'esterno quella che poi è una latitanza palpabile, una noncuranza evidente da parte di coloro che sono ancor più interessati alle modifiche di questa legge.

A noi disturba pensare che la discussione che avviene per questa legge, venga per far fronte ad esigenze di quattro comuni del Trentino e magari di due assessori, eppure non possono non concordare con quanto detto, perché è inevitabile che questa procedura d'urgenza, che è stata adottata, anche se poi così non è, nel discutere questa legge, ossia nel negare che un nostro collega potesse svolgere quel diritto che gli viene dato dall'essere consigliere regionale, ossia nel negare ad un nostro collega la possibilità di usare quei 40 giorni che gli vengono assegnati dal regolamento, per poter presentare su un testo scritto, quindi nero su bianco, quelle che sono le posizioni di un gruppo politico in questa provincia, nel negare questo fatto mi viene da pensare, con enorme disturbo, che veramente ci sia un interesse particolare, ossia che si voglia veramente far fronte alle esigenze di quei quattro comuni e di quei due assessori.

Tanto è vero che da qui a qualche momento avremo facoltà, possibilità, tempo se vogliamo anche di entrare nel merito specifico di quanto viene detto. Ecco che rende perplessi, quasi crea sconcerto politico sicuramente, il fatto che dopo nemmeno un anno - cosa che non sono il primo a sottolineare, lo hanno fatto praticamente tutti i miei colleghi in questo senso - da che questo Consiglio regionale ha licenziato la legge elettorale, noi si debba tornare in quest'aula a discutere una legge che a noi comunque non piaceva, una legge alla quale noi abbiamo votato contro, ma che allo stato dei fatti, viste le cosiddette varianti che vogliono essere apportate a questa legge, attraverso anche gli ulteriori emendamenti, ci fa dire tranquillamente che si stava meglio quando si stava peggio, perché le varianti che sono previste in questa tornata di discussione, non vanno a colpire quelli che possono essere i punti problematici della legge stessa, ma solo una parte, pertanto riteniamo che questo non sia un aspetto positivo.

Noi sottolineiamo ancora una volta che la perplessità di tornare a discutere dopo 10 mesi di una legge, dimostra sicuramente che questa Giunta regionale ha dovuto ammettere, anche se poi peggiora la legge, ha dovuto ammettere che la precedente legge, da lei fortemente voluta, è stata fallimentare, è una legge che noi

avremo voluto ancora diversa, in toni migliorativi, che avevamo espresso durante quella lunga discussione fatta nel novembre dello scorso anno, suggerimenti ai quali questa amministrazione regionale non aveva dato ascolto, se non in tutto, ma comunque in gran parte di quelle che erano le spinte propulsive, innovative, anche in rispetto di quella che è la normativa nazionale, che le opposizioni in Consiglio regionale avevano suggerito.

Se dobbiamo dire oggi che, per quanto peggiorativa questa legge, già allora la Giunta regionale aveva fallito, questa Giunta stessa dovrebbe comunque tirare delle somme politiche, cioè constatare che effettivamente vi era una incapacità di legiferare una legge accettabile e possibile.

Veniamo al merito, veniamo alla constatazione che si tenda ancora ad usare due pesi e due misure per le due province, è una legge che viene scritta in un modo per una provincia e in modo differente per un'altra provincia, sotto solo certi aspetti però, perché noi non possiamo, così come ha sottolineato il collega Holzmann nel suo intervento, è difficile accettare che rimangano tali quelli che sono i livelli di raccolta firme, per poter presentare una lista...

Cons. Atz, se tu vuoi puoi andare a casa, non è che sentirei la tua mancanza, mi fa piacere che addirittura il collega Atz comprenda che ogni tanto anche noi abbiamo delle qualità e non solo lui. E' già un passo avanti per il collega, che fino a poco tempo fa non avrebbe riconosciuto nemmeno questo alle opposizioni, o comunque agli avversari politici, lo ringrazio. Parlando a bomba con Atz si rischia di introdurre il discorso Mururoa, allora ecco che potrebbe essere a doppio motivo.

Inoltrandoci in quelli che sono gli aspetti della legge, certamente uno dei punti che avremmo dovuto correggere e che noi attraverso un emendamento proponiamo di correggere, è l'abbassamento dei livelli per la raccolta delle firme. L'esempio che ha fatto il collega Holzmann, circa il comune di Caldaro, è il più appropriato certamente, ma è anche importante che il caso del comune di Caldaro, che è un caso presente in molti altri comuni della provincia di Bolzano, venga effettivamente recepito dalla Giunta regionale, non venga rigettato solo perché è avanzato, non all'interno della Giunta regionale, quanto dalle opposizioni in questo Consiglio.

Mi chiedono se è ancora lungo il mio intervento, pensavo di usare i trenta minuti a disposizione, al termine chiederemo la votazione per il passaggio alla discussione articolata. Non posso continuare un intervento continuamente interrotto.

Posso anche chiedere il rinvio alla prossima seduta di proseguire il mio discorso, visto che ho ancora venti minuti di tempo.

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: 18 minuti.

MINNITI: Alles in Ordnung...

PRÄSIDENT: ...Sie haben noch 18 Minuten, Abg. Minniti.

MINNITI: 18 Minuten. Das nächste Mal.

PRÄSIDENT: Damit ist die Sitzung für heute geschlossen.

Die nächste Sitzung ist am 10. November. Es erfolgt schon eine eigene Einladung dazu.

(ore 18.01)

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 48:

Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 "Elezione diretta del sindaco e modifica del sistema di elezione dei Consigli comunali, nonché modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (presentato dai Consiglieri regionali Divina, Boldrini, Tosadori e Montefiori)

Disegno di legge n. 50:

Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, nonché modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 e successive modificazioni (presentato dai Consiglieri regionali Chiodi, Alessandrini e Viola)

Disegno di legge n. 54:

Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 ed alla legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 e s.m. in materia di elezione diretta del sindaco ed elezione dei consigli comunali ed alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 sull'ordinamento dei comuni (presentato dalla Giunta regionale)

Gesetzentwurf Nr. 48:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 betreffend die "Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1" (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Boldrini, Tosadori und Montefiori)

Gesetzentwurf Nr. 50:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1, in geltender Fassung (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Chiodi, Alessandrini und Viola)

Gesetzentwurf Nr. 54:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 und zum Regionalgesetz vom 6. April 1956, Nr. 5 mit seinen späteren Änderungen betreffend die Direktwahl des Bürgermeisters und die Wahl der Gemeinderäte sowie zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 über die Gemeindeordnung (eingebracht vom Regionalausschuß)

pag. 1

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	pag.	1
BENEDETTI Marco <i>(Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	"	6
KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	12
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	18
ATZ Roland <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	25
IANIERI Franco <i>(Gruppo Misto)</i>	"	25
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	29
DELLADIO Mauro <i>(Autonomia e Federalismo)</i>	"	32
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)</i>	"	36
HOLZMANN Giorgio <i>(Alleanza Nazionale)</i>	"	39
DI PUPPO Michele <i>(Gruppo Partito Popolare per l'Alto Adige)</i>	"	43
PINTER Roberto <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	45
ALESSANDRINI Carlo <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	51

PASSERINI Vincenzo
(Gruppo La Rete)

" 54

MINNITI Mauro
(Alleanza Nazionale)

" 60